

6. Parteieintritt und Beitrittsmotive

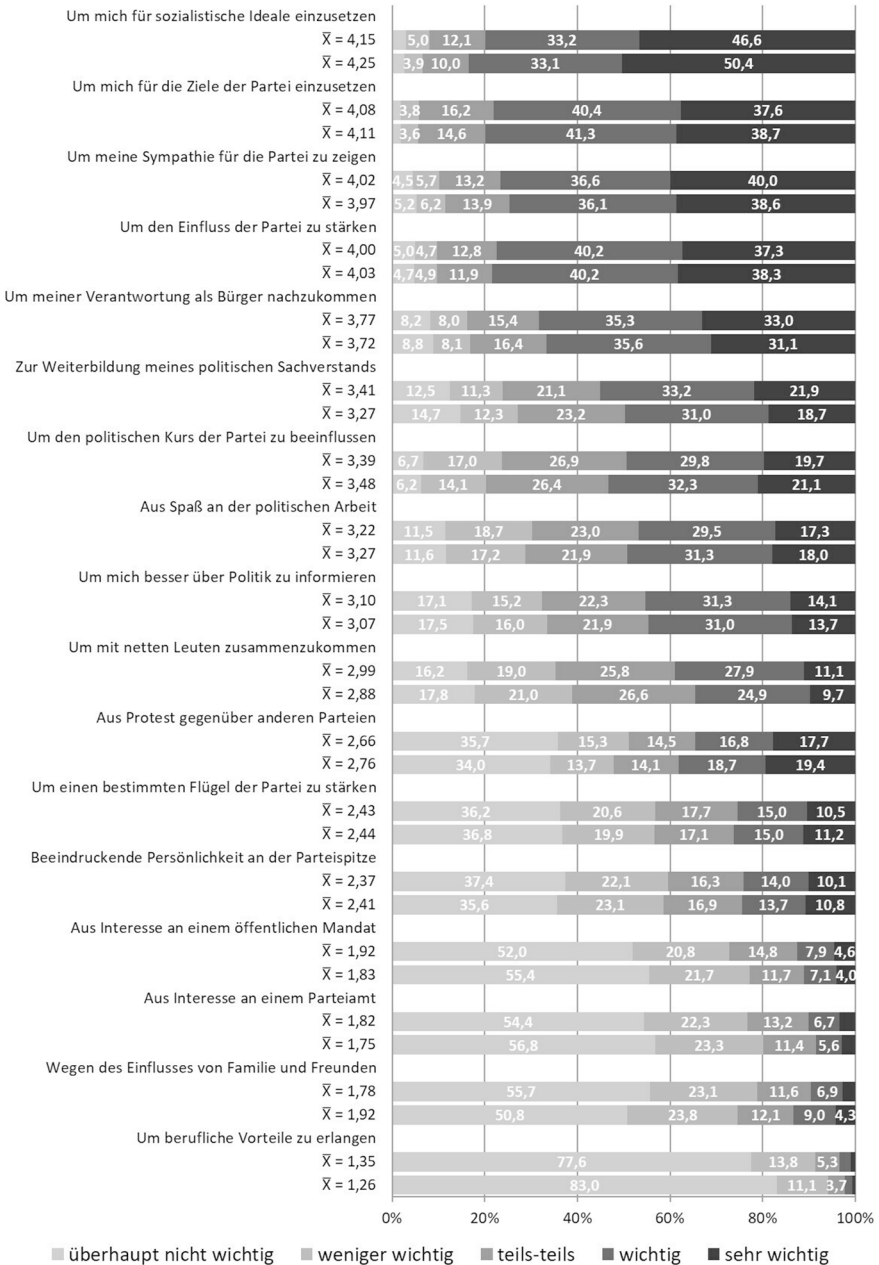
6.1 Beitrittsmotive: Der Grundstein für den Eintritt

a) Auswertung nach Einzelmotiven und Motivkomplexen Einen ersten Analyseschritt zum besseren Verständnis der Beweggründe, aus denen sich Menschen in den vergangenen Jahren für einen Eintritt in die Partei DIE LINKE entschieden haben, liefert zunächst die Untersuchung nach dem General Incentives Ansatz. Abbildung 38 gewährt hierfür einen detaillierten Überblick über die in der Operationalisierung erläuterten Einzelitems und stellt sowohl das Antwortverhalten der Befragten nach relativen Anteilen einerseits als auch die arithmetischen Mittel¹ als Indikatoren für die Relevanz des jeweiligen Motivs andererseits dar. Die Abbildung zeigt eine absteigende Rangfolge, geordnet nach dem arithmetischen Mittel der Neumitglieder, d.h. der Frage, wie relevant ein Einzelmotiv für den Beitritt war.

Die Untersuchungsergebnisse der Neumitglieder unterscheiden sich zunächst nur marginal von der Gesamtpartei: Werden die Anteile der Studienteilnehmer, die ein Motiv mit »wichtig« oder gar »sehr wichtig« beurteilt haben, zusammengerechnet, erreicht die maximale Abweichung zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei einen Wert von lediglich 5,4 Prozentpunkten (Motiv: »Zur Weiterbildung meines politischen Sachverstands«). Im Vergleich der arithmetischen Mittel, die alle Antwortoptionen berücksichtigen und kompakt auf einen einzigen Wert reduzieren, ergeben sich angelehnt an die relativen Anteile ähnliche Befunde. Nennenswerte – wenngleich nur leicht höhere – Durchschnittswerte erreichen die Neumitglieder bei den Motiven »Zur Weiterbildung meines politischen Sachverstands« (3,41 gegenüber 3,27 in der Gesamtpartei) und »Um mit netten Leuten zusammenzukommen« (2,99 gegenüber 2,88 in der Gesamtpartei), wodurch eine geringfügig höhere Relevanz dieser Motive abgebildet wird. Eine leicht niedrigere Relevanz besteht hingegen beim Einfluss von Familie und Freunden, d.h. des persönlichen Umfelds, auf den Parteibeitritt der Neumitglieder (1,78 gegenüber 1,92 in der Gesamtpartei).

1 Die arithmetischen Mittel stellen Durchschnittswerte dar, die sich aus der Kodierung des Antwortverhaltens ergeben. Sie können je nach Relevanz des Motivs Werte zwischen 1 (»überhaupt nicht wichtig«) und 5 (»sehr wichtig« für die Beitrittsentscheidung) annehmen.

Abbildung 38: Beitrittsmotivation nach Einzelitems; relative Häufigkeiten in Prozent und arithmetische Mittel (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



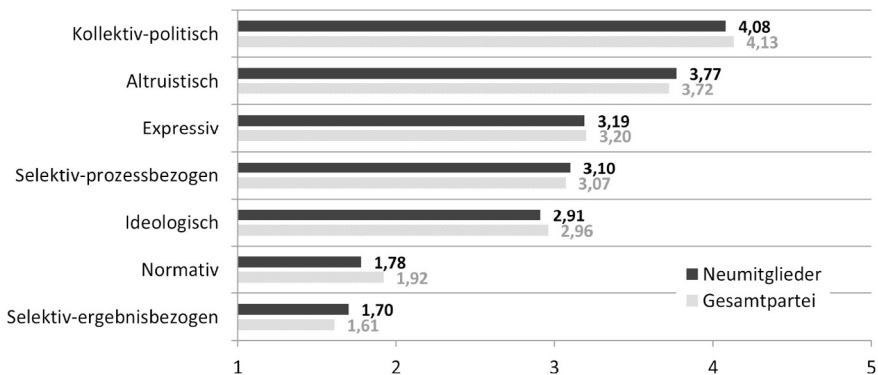
Eigene Darstellung

In der Gesamtschau erreichen 9 der 17 Motive Mittelwerte oberhalb eines Werts von 3,00 (»teils-teils« wichtig) und sind folglich für den Parteibeitritt von besonderer Bedeutung – ungeachtet, ob es sich um den Kontext der Neumitglieder oder der Gesamtpartei handelt.

Die Befragungsergebnisse bestätigen die Kernaussagen der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 und der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 insofern, als die Relevanz der einzelnen Komplexe (Abb. 39²), ausgedrückt durch den jeweiligen Mittelwert, bei der Mitgliederbefragung 2019 die gleiche Rangliste ergibt.³

Dabei stellten kollektiv-politische Beitrittsanreize – jene, die sich auf die generelle Stärkung der Partei und die Umsetzung politischer Programmatik beziehen – für Neumitglieder mit einem Mittelwert von 4,08 (Gesamtpartei: 4,13) den wichtigsten Faktor bei der persönlichen Eintrittsentscheidung dar, wenngleich dieser etwas unter dem Wert der Gesamtpartei angesiedelt ist. Bereits die Betrachtung der Einzelmotive (Abb. 38) zeigt die hohe Bedeutsamkeit sozialistischer Ideale als wichtigstes einzelnes Beitrittsmotiv ebenso wie die ausgeprägte Motivation, sich für die Ziele der LINKEN einzusetzen (4,08) und deren Einfluss in der Politik zu stärken (4,00). Alle für diesen Motivkomplex relevanten Einzelmotivationen zählen somit zu den wichtigsten Beitrittsanreizen im Kontext aller abgefragten Items. Sie erreichen sowohl bei den Neumitgliedern als auch im Kontext der Gesamtpartei durchweg hohe Mittelwerte von mindestens 4,00, wodurch sie sich in der Synthese zum Motivkomplex durch ein jeweils ähnlich hohes Gewicht für die große Tragweite der kollektiv-politischen Anreize auszeichnen.

Abbildung 39: Beitrittsmotivation nach Motivkomplexen; Mittelwerte



Eigene Darstellung

2 Um eine Vergleichbarkeit mit der PP 1998 und der DP 2009 zu gewährleisten, fließen die beiden, exklusiv in dieser Studie hinzugefügten Items »Aus Protest gegenüber anderen Parteien« und »Zur Weiterbildung meines politischen Sachverstands« in der Abbildung nicht in die jeweiligen Motivkomplexe ein, sondern werden separat analysiert.

3 Vgl. Laux 2011a, S. 65.

Mit etwas Abstand und einem Mittelwert von 3,77 (Gesamtpartei: 3,71) folgen die altruistischen Anreize an zweiter Stelle. Lediglich durch ein Einzelmotiv definiert, beschreiben sie den Parteieintritt aus dem Motiv der Bürgerverantwortung, das ausgehend von den Untersuchungsergebnissen der Mitgliederbefragung 2019 für die Mitglieder der LINKEN die zweithöchste Relevanz für ihre Beitrittsentscheidung darstellte.

Es folgen expressive Anreize, deren Mittelwert von 3,19 (Gesamtpartei: 3,20) einerseits durch das Motiv der Sympathie für die Partei und andererseits durch den Einfluss von Spitzenpolitikern auf den Beitritt entsteht. Bemerkenswert ist hier die Varianz bzw. der große Abstand der Mittelwerte beider Items: Kann etwa bei den Einzelmotiven der kollektiv-politischen Anreize ein ähnlich hoher Mittelwert – und somit eine annähernde Kongruenz zum Mittelwert des gesamten Motivkomplexes – festgestellt werden, zeigt sich bei den expressiven Anreizen ein starkes Ungleichgewicht in der Relevanz der Einzelmotive. So stellt die Sympathie zur Partei mit einem Wert von 4,02 für Neumitglieder das dritt wichtigste Motiv dar, wohingegen Spitzenpolitiker mit einem Mittelwert von 2,37 – Platz 13 der Rangfolge – lediglich einen schwachen, untergeordneten Faktor für die Beitrittsmotivation begründen.

Noch knapp oberhalb des Skalenmittelwerts von 3,00 liegend, schließen sich selektiv-prozessbezogene Anreize mit einem Wert von 3,10 (Gesamtpartei: 3,07) mit geringem Abstand zu den expressiven Beitrittsmotiven an. Dieser Motivkomplex, der den Eintritt anhand von persönlichen Vorteilen aus der Parteiarbeit selbst heraus erklärt, stellt auch in der Rangfolge der Einzelmotive einen zusammenhängenden Block (Plätze 8 bis 10) im Mittelfeld aller betrachteten Items dar und bildet eine eher kleine, überschaubare Distanz zwischen seinem stärksten Motiv, dem Beitritt aus Spaß an der politischen Arbeit mit einem Wert von 3,22 (Gesamtpartei: 3,27) und seinem schwächsten Motiv, dem Beitritt um mit netten Leuten zusammenzukommen mit einem Wert von 2,99 (Gesamtpartei: 2,88), ab. Wenngleich der Mittelwert niedriger ist, ähnelt der Komplex der selektiv-prozessbezogenen Anreize in seiner Struktur in der Folge den kollektiv-politischen Anreizen insofern, als sich alle eingeschlossenen Einzelmotive durch eine annähernd gleich große Relevanz auszeichnen, wodurch sie sich als weitgehend kongruent zum Mittelwert des gesamten Motivkomplexes darstellen.

Etwas unterhalb des Skalenmittelwerts folgen ideologische Beitrittsanreize, die sich aus der Motivation ergeben, den politischen Kurs der Partei zu beeinflussen und bestimmte Flügel zu stärken, mit einem Wert von 2,91 (Gesamtpartei: 2,96). Wie bei den expressiven Anreizen ist die Distanz der beiden Einzelmotive von entscheidender Bedeutung für die Bewertung der Relevanz. Während die vorwiegend unspezifische Beitrittsmotivation, durch die eigene Mitgliedschaft den Kurs der Partei zu lenken, mit einem Wert von 3,39 (Gesamtpartei: 3,48) klar über dem Skalenmittelwert liegt und dabei sogar alle selektiv-prozessbezogenen Anreize in ihrer Relevanz übersteigt, bildet die konkrete Stärkung eines Parteiflügels mit einem Mittelwert von 2,43 (Gesamtpartei: 2,44) ein ungleich weniger relevantes Beitrittsmotiv. Der eher abstrakte Anreiz, durch die Parteimitgliedschaft Einfluss auf die innerparteiliche Willensbildung zu nehmen – in welcher Form auch immer – wiegt demnach schwerer als die Motivation, Veränderungen des politischen Kurses spezifisch über die Stärkung eines bestimmten Flügels zu erreichen.

Mit einem Wert von 1,78 (Gesamtpartei: 1,92) erhalten normative Anreize – solche, die den Beitritt durch den Einfluss des persönlichen Umfelds erklären – den zweitnied-

rigsten Mittelwert aller Motivkomplexe, welcher zudem weit unterhalb des Skalenmittelwerts angesiedelt ist. Die Rolle von Familie und Freunden bei der individuellen Beitrittsentscheidung kann folglich als gering eingestuft werden, was insbesondere durch den fallenden Trend in der Betrachtung von Neumitgliedern und Gesamtpartei beobachtet werden kann. Der höhere Wert der Gesamtpartei kann darüber hinaus vor allem durch Altgenossen in den ostdeutschen Landesverbänden erklärt werden, die entweder bereits vor der Wiedervereinigung in die SED oder unmittelbar zu Beginn der 1990er Jahre in die PDS eingetreten sind. Er stärkt somit bestenfalls die Vermutung, dass normative Anreize im historischen Kontext – vornehmlich mit Blick auf Beitrittsentscheidungen in der DDR – eine größere Bedeutung innehatten, diese aber bei der heutigen Betrachtung von Eintritten in DIE LINKE nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Leicht unter den normativen Anreizen und mit einem Mittelwert von 1,70 (Gesamtpartei: 1,61) markieren selektiv- ergebnisbezogene Anreize das Schlusslicht in der Rangfolge und besitzen demnach die niedrigste Relevanz bei der Beitrittsentscheidung. Der Motivkomplex, der aus den drei Items des Interesses an einem Parteiamt, eines öffentlichen Mandats und der Hoffnung auf berufliche Vorteile einen Durchschnitt bildet und auf die Bedeutung des persönlichen Gewinns jedes einzelnen Mitglieds als Ergebnis der Parteimitgliedschaft abzielt, weist dabei mit Blick auf Neumitglieder eine Streuung auf: So wiegt das Motiv des Interesses an Parteiämtern und öffentlichen Mandaten in dieser Analysegruppe gar etwas schwerer als der Einfluss des persönlichen Umfelds, dennoch sinkt der Gesamtwert der selektiv-ergebnisbezogenen Anreize durch die sehr niedrige Relevanz potenziell beruflicher Vorteile als Folge der Mitgliedschaft leicht unter den Wert der normativen Anreize, wodurch sich beide Motivkomplexe im Fall der Neumitglieder durch einen nur marginal unterschiedlichen Gesamtmittelwert auszeichnen. Im Kontext der Gesamtpartei, bei der das persönliche Umfeld vergleichsweise relevanter und der persönliche Vorteil noch weniger schwer ins Gewicht fällt, besteht hingegen ein merklich größerer Unterschied zwischen den beiden unteren Motivkomplexen.

Insgesamt bestätigt die Betrachtung der Motivkomplexe wesentliche Erkenntnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009. Die Rangfolge der einzelnen Komplexe durch die in der Mitgliederbefragung 2019 erhobenen Daten ist identisch.⁴ Sie kann nach Relevanz in drei wesentliche Blöcke unterteilt werden:

- Für den Beitritt wichtige Motive: Hierzu zählen kollektiv-politische Anreize sowie der Komplex der altruistischen Anreize, die sich deutlich über dem Skalenmittelwert von 3,00 befinden.
- Für den Beitritt teilweise wichtige Motive: Hierzu zählen expressive Anreize sowie der selektiv-prozessbezogene und ideologische Motivkomplex, die in unmittelbarer Nähe zum Skalenmittelwert von 3,00 verortet werden können.
- Für den Beitritt weniger wichtige Motive: Hierzu zählen normative Anreize sowie der selektiv-ergebnisbezogene Motivkomplex. Beide befinden sich deutlich unter dem Skalenmittelwert von 3,00.

4 Vgl. Laux 2011a, S. 65.

Diese Rangfolge trifft dabei weniger exklusiv für DIE LINKE als viel mehr für das gesamte deutsche Parteiensystem zu.⁵ Unterschiede zwischen der LINKEN und anderen Parteien betreffen lediglich eine kleine Zahl von Motivkomplexen mit eher marginaler Abweichung. So wogen etwa kollektiv-politische Anreize – maßgeblich bestimmt durch das bei Spier et al. 2011 für jede Partei exklusiv gewählte Einzelmotiv der parteieigenen Ideale (im Fall der LINKEN der Beitritt, um sich für sozialistische Ideale einzusetzen) – bereits bei der Erhebung 2009 im politisch linken Spektrum (SPD, Grüne und LINKE) schwerer als bei CDU, CSU und FDP. Expressive Anreize verorteten sich bei LINKEN und Grünen etwas unter der Bedeutsamkeit innerhalb der anderen untersuchten Parteien. Ferner besaß DIE LINKE 2009 den vergleichsweise niedrigsten Wert bei selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen, obgleich bereits eine steigende Tendenz hinsichtlich deren Relevanz im Vergleich zur Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 erkennbar war.⁶

Die Einzelbetrachtung der unterschiedlichen Motivkomplexe ermöglicht schlussendlich eine erste Orientierung. Für weitaus differenziertere Befunde ist es unabdingbar, mögliche Bezüge zwischen den Beitrittsmotiven und der Aktivität einerseits sowie soziodemografischen Variablen andererseits zu untersuchen.

b) Motivkomplexe und Aktivität Beitrittsmotive erlauben möglicherweise Rückschlüsse auf die Frage, warum manche Mitglieder aktiver sind als andere.⁷ Da Motivationen Gründe darstellen, aus denen sich Bürger für die Mitgliedschaft in einer Partei entscheiden, erscheint es nur plausibel, dass diese Faktoren auch die Aktivität der Mitglieder nach ihrem formalen Beitritt beeinflussen. Hierzu werden zunächst die Mittelwerte der im vorangegangenen Abschnitt (a) beleuchteten Motivkomplexe in Relation zu aktiven bzw. inaktiven Parteimitgliedern⁸ gesetzt (Abb. 40).

Die Rangfolge der einzelnen Motivkomplexe deckt sich auch nach der Differenzierung nach Aktivität weitestgehend mit der Rangfolge einzelner Motivationen aus dem vorherigen Abschnitt. Mit Ausnahme der expressiven Anreize sind die Mittelwerte der Aktiven sowohl bei Neumitgliedern als auch mit Bezug zur gesamten Partei etwas höher angesiedelt als jene der inaktiven Gruppe – eine Erkenntnis, die nahelegt, dass ein höheres Aktivitätsniveau mit einer stärkeren Motivation einhergeht. Bemerkenswert bleibt jedoch die Betrachtung der Mittelwerte im Kontext der expressiven Anreize, die sich aus einer grundsätzlichen Sympathie für die Partei und den Einfluss von Spitzenpolitikern zusammensetzen. Diese zeichnen sich im Vergleich zu allen anderen Motivkomplexen durch einen höheren Wert innerhalb der inaktiven Gruppen aus. Einen möglichen Erklärungsansatz kann hierfür die Passivitätseigenschaft expressiver Anreize auf der einen und inaktiver Mitglieder auf der anderen Seite bieten. So kann etwa von kollektiv-politischen, ideologischen oder auch selektiv-prozessbezogenen Motivationen eine

5 Vgl. Angenendt 2017, S. 86; Laux 2011a, S. 65.

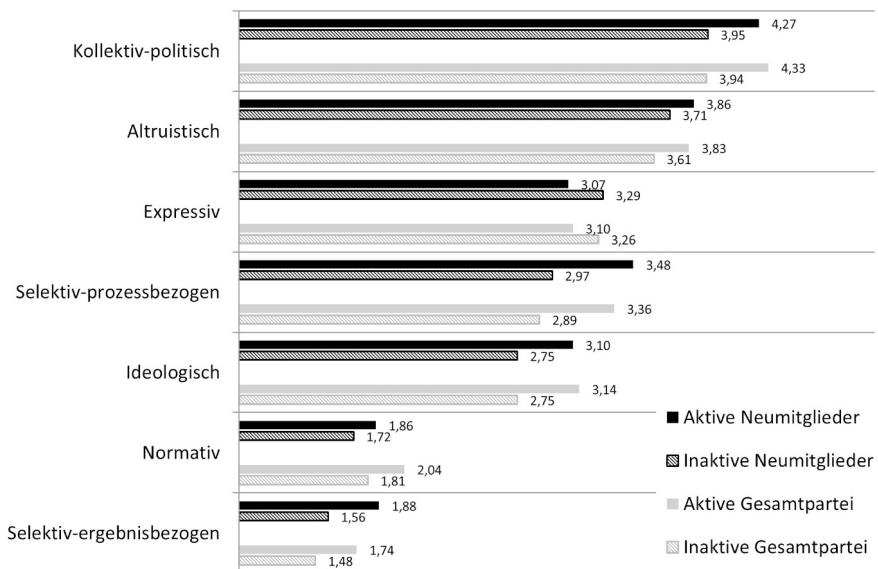
6 Vgl. Laux 2011a, S. 65.

7 Vgl. Spier 2011a, S. 104.

8 In den folgenden Analysen handelt es sich um eine dichotomisierte Variable bzw. die Unterteilung in zwei Gruppen: Mitglieder, die ihr generelles Aktivitätsniveau als »eher aktiv« oder »aktiv« einschätzen, zählen zur Gruppe der Aktiven, wohingegen Mitglieder, die sich selbst als »eher nicht aktiv« oder »nicht aktiv« bezeichnen, die Gruppe der Inaktiven bilden.

aktive und logische Handlungskonsequenz abgeleitet werden, etwa in Form von Veranstaltungsbesuchen oder der Beteiligung an politischen Aktionen der Partei gemeinsam mit anderen Mitgliedern. Die Sympathie für die Partei ist hingegen maßgeblich bedingt durch ein abstraktes, emotionales Zugehörigkeitsempfinden des Mitglieds und setzt nicht in erster Linie ein hohes Aktivitätsniveau voraus. Auch das Wirken von Spitzenpolitikern, der zweite Faktor expressiver Anreize, stellt freilich keinen primären Faktor für die individuelle Aktivität des Basismitglieds dar: Abgeordnete, Parteivorstände und andere öffentlichkeitswirksame Parteipersonlichkeiten können in ihrem politischen Handeln bequem aus der Passivität über zahlreiche moderne Medien verfolgt werden. Ein Parteieintritt aufgrund von expressiven Anreizen impliziert infolgedessen nicht – allen voran weniger als andere Motivkomplexe – eine aktive Teilnahme an der Parteiarbeit.

Abbildung 40: Motivkomplexe nach Aktivitätsniveau. Mittelwerte im Vergleich



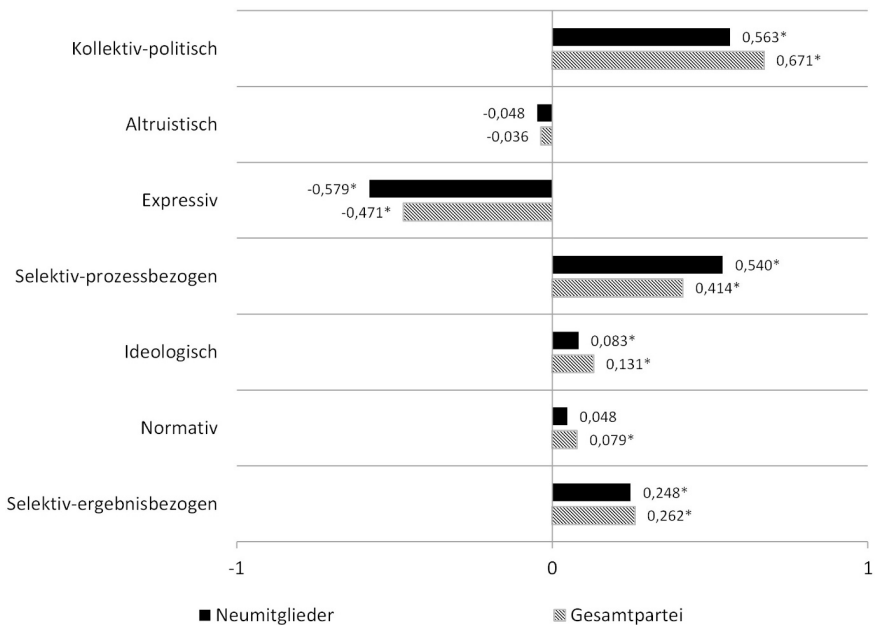
Eigene Darstellung

Eine weitere Differenzierung zwischen aktiven bzw. inaktiven Neumitgliedern und der gesamten Partei zeigt nur marginale Unterschiede zwischen beiden Gruppen: ein leicht schwächerer motivationaler Einfluss von normativen sowie die geringfügig höhere Relevanz selektiv-prozessbezogener und selektiv-ergebnisbezogener Anreize bei Neumitgliedern, die in Abbildung 40 jedoch keinen logischen Rückschluss auf die Aktivität zulassen.

Ein Nachteil der reinen Betrachtung von Mittelwerten besteht in der hauptsächlichen Einzelbetrachtung der Motivkomplexe, die eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Motivationen und ihres Einflusses auf die Aktivität erschweren. Folglich bildet jeder einzelne Mittelwert stark die generelle Relevanz des jeweiligen Motivkomplexes ab, die

bereits in Teil a) dieses Abschnitts beleuchtet wurde. Da die ausschließliche Mittelwertbildung lediglich einen deskriptiven Überblick bietet und die Analysegruppen gesondert betrachtet, bietet es sich an, den Einfluss bestimmter Motivationen auf das Aktivitätsniveau mittels erweiterter statistischer Verfahren näher zu untersuchen.⁹ Hierfür ist insbesondere ein multivariates Modell erforderlich, das alle Motivkomplexe mathematisch erfasst, anstatt sie einzeln zu beschreiben. Durch die direkte Gegenüberstellung aktiver und inaktiver Mitglieder kann die binäre logistische Regression¹⁰ helfen, Unterschiede beider Gruppen hervorzuheben und die Wirkung von Motivationen auf die Aktivität mittels eines standardisierten Regressionskoeffizienten vergleichbarer abzubilden (Abb. 41). Dieser kann Werte zwischen -1 und 1 annehmen, wobei ein Wert von »0« auf keinen Einfluss der jeweiligen Motivationen auf die Aktivität deutet und die Grenzwerte «-1» und «1» einen perfekten negativen bzw. positiven Einfluss signalisieren.

Abbildung 41: Einfluss von Motivkomplexen auf die Aktivität; binäre logistische Regressionsanalyse mit Regressionskoeffizienten. Signifikante Faktoren (5-Prozent-Niveau) werden mit einem Stern markiert



Eigene Darstellung

9 Vgl. Spier 2011a, S. 106.

10 Die binäre logistische Regression ist ein multivariates Analyseverfahren, das sich besonders für nominale abhängige Variablen und metrische unabhängige Variablen eignet. Die unabhängige Variable, kodiert mit 1 und 0, wird hierbei durch die Gruppe der aktiven (1) und der inaktiven (0) Mitglieder bestimmt. Als unabhängige Variablen fungieren die Mittelwerte der einzelnen Motivkomplexe je Fall. Die Durchführung der Analyse erfolgte mittels SPSS, wobei Einzelheiten in Anhang 2 eingesehen werden können.

Kollektiv-politische sowie selektiv-prozessbezogene Beitrittsmotivationen haben einen signifikanten Einfluss auf die Parteiaktivität. Es ist folglich davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der Mitglieder der Gruppe der Aktiven zugeordnet werden können, mit einer größeren Relevanz der beiden Motivkomplexe steigt. Anders formuliert steigt die Aktivitätswahrscheinlichkeit, wenn die Durchsetzung der Partei-ziele oder sozialistischer Ideale (kollektiv-politisch) oder persönliche Vorteile aus der Parteiarbeit an sich, etwa gemeinsame Aktionen mit anderen Mitgliedern (selektiv-prozessbezogen), Grund für den Parteibeitritt waren. Dabei entspricht besonders der positive Effekt von selektiv- prozessbezogenen Motiven insofern einem Erwartungswert, als diesem Motivkomplex eine gewisse Aktivität vorausgesetzt werden kann: Persönliche Freude an Parteiarbeit oder das Zusammentreffen mit anderen Mitgliedern können nur dann eintreten, wenn das einzelne Mitglied auch aktiv Tätigkeiten innerhalb der Partei aufnimmt. Bemerkenswert ist hingegen der direkte Vergleich von Neumitgliedern und Gesamtpartei: Während bei den Zugängen seit 2014 selektiv-prozessbezogene Motivationen einen höheren positiven Einfluss auf die individuelle Aktivität ausüben als im Kontext der Gesamtpartei, kann bei kollektiv-politischen Anreizen ein entgegengesetztes Muster erkannt werden. Wenngleich letztgenannte für beide Vergleichsgruppen den größten Effekt aufweisen, so ist offenkundig, dass persönliche Vorteile durch die Parteiarbeit für Neumitglieder einen nahezu ebenso großen Aktivitätsindikator darstellen wie der Wunsch, die Programmatik der Partei und ihre politischen Ziele umzusetzen – beide Motivkomplexe besitzen ähnlich hohe Regressionskoeffizienten mit folglich geringem Abstand zueinander (0,013). Wird die gesamte Partei im Vergleich hierzu betrachtet, so zeigt sich im Gegensatz dazu eine deutlich höhere Spannweite zwischen beiden Items (0,257), die einerseits durch den größeren Effekt kollektiv-politischer Anreize und andererseits durch den geringeren Einfluss selektiv-prozessbezogener Motivationen entsteht. Ob diese Befunde auf eine zukunftsweisende Tendenz hindeuten oder unabhängig von einem zeitlichen Kontext jeder Neumitgliederstruktur der LINKEN inhärent waren bzw. sind, kann nicht abschließend geklärt werden, da hierfür fortlaufende Datensätze einer Längsschnitt-Analyse erforderlich wären.

Ein dritter Motivkomplex sticht mit einem nennenswerten positiven Effekt bei beiden Vergleichsgruppen hervor, obgleich dieser eher gering ausgeprägt ist. Die Erklärung für den positiven Einfluss selektiv-ergebnisbezogener Anreize auf das Aktivitätsniveau erscheint trivial: Mitglieder mit größeren Ambitionen für berufliche Vorteile und – insbesondere – öffentliche Mandate oder Parteiämter müssen selbstständig Handlungsinitiativen ergreifen, Netzwerke pflegen und ggf. potenzielle Wähler von sich überzeugen. Es wundert daher nicht, dass dieser Personenkreis mit größerer Wahrscheinlichkeit in der aktiven Gruppe zu verortet ist.

Ein signifikant negativer Effekt wird im Modell der logistischen Regression hingegen bei expressiven Anreizen abgebildet. Dieser bestätigt vorerst einen wesentlichen Befund aus Abbildung 40. Anders als bei ideologischen, normativen und altruistischen Motiven, die überhaupt keinen oder zumindest nahezu keinen Einfluss auf das Aktivitätsniveau nehmen, wirken sich vorwiegend expressive Motivationen der Parteimitglieder zudem mit größerer Wahrscheinlichkeit nachteilig auf deren innerparteiliche Partizipation aus. Menschen, die hauptsächlich aus dem abstrakten Gefühl der Sympathie oder

wegen bestimmten Funktionären an der Parteispitze eingetreten sind, charakterisieren sich durch eine wahrscheinlich geringe Aktivität.

In der Zusammenfassung bildet das Modell motivationale Aktivitätsindikatoren deutlich heraus. Mitglieder, die sich persönliche Vorteile innerhalb oder als Ergebnis der Parteiarbeit versprechen bzw. diese anstreben, zählen mit größerer Wahrscheinlichkeit ebenso zu den Aktiven wie jene, die sich für die allgemeinen politischen Ziele der Partei einsetzen möchten. Diese drei Motivkomplexe bilden daher gute Prädiktoren für eine höhere Aktivität. Das persönliche Umfeld, ideologische Fragen, die staatsbürgerliche Verantwortung und insbesondere eine unspezifische emotionale Bindung mögen hingegen Motive sein, die für den Eintritt in eine Partei von Bedeutung sind, eine höhere Aktivität ist aus ihnen jedoch nicht abzuleiten.

c) Motivkomplexe und Soziodemografie Um Korrelationen zwischen Beitrittsmotivationen und soziodemografischen Einflussfaktoren effizient abzubilden, muss ein statistisches Maß für den Zusammenhang zwischen den metrisch skalierten Mittelwerten der Motivkomplexe und den kategorialen soziodemografischen Variablen eingesetzt werden. Hierbei bietet sich die einfaktorielle ANOVA (ANalysis Of VAriance), ein bewährtes Verfahren der Varianzanalyse mit Ermittlung der Effektgrößen η^2 und Cohens f^{11} an. Die ANOVA prüft zunächst, ob signifikante Unterschiede hinsichtlich der Varianz zwischen einzelnen Gruppen bestehen, etwa ob sich die Bedeutung selektiv-ergebnisbezogener Anreize bei Mitgliedern mit einem Hochschulabschluss grundsätzlich von jenen mit geringerer formaler Bildung unterscheidet oder – verallgemeinert – ob die Ausprägung eines bestimmten Motivkomplexes teilweise durch einen soziodemografischen Faktor erklärt werden kann. Die Effektgröße η^2 berechnet darüber hinaus aus den quadrierten Abweichungen der Daten von den entsprechenden Gruppenmittelwerten ($QS_{zwischen}$) auf der einen Seite und aus den quadrierten Abweichungen der Gruppenmittelwerte vom Gesamtmittelwert (QS_{gesamt}) auf der anderen Seite ein Korrelationsmaß, das ähnlich¹² Pearsons Korrelationskoeffizienten interpretiert werden kann:

$$\eta^2 = \frac{QS_{zwischen}}{QS_{gesamt}}$$

Die Effektgröße kann dabei Werte im Intervall zwischen 0 und 1 annehmen, wobei höhere Werte einen größeren Einfluss des Faktors auf den Motivkomplex signalisieren. Als zusätzliches Maß zur Berechnung der Effektstärke knüpft Cohens f unmittelbar an die Berechnung von η^2 an¹³ und dient in den nachfolgenden Berechnungen als Prüfverfahren, da η^2 die erklärte Varianz inhärent etwas überschätzt:¹⁴

$$f = \sqrt{\frac{\eta^2}{1 - \eta^2}}$$

11 η^2 ausgesprochen: »Eta-Quadrat«

12 Im Gegensatz zu Pearsons Korrelationskoeffizienten kann η^2 lediglich positive Werte annehmen, wodurch keine Aussagen zur Richtung getroffen werden können, sondern lediglich darüber, ob ein Effekt bzw. Einfluss des Faktors auf die abhängige Variable vorliegt.

13 Vgl. Cohen 1988, S. 284.

14 Vgl. Levine/Hullett 2002.

Für beide Zusammenhangsmaße empfiehlt Cohen 1988 Grenzwerte als Konvention für die Interpretation. Für η^2 kann demnach ein kleiner Effekt ab einem Wert von 0,01, ein mittlerer ab einem Wert von 0,06 und ein großer ab einem Wert von 0,14 ermittelt werden. Für f kann ab einem Wert von 0,1 von einem kleinen, ab 0,25 von einem mittleren und ab 0,4 von einem großen Effekt ausgegangen werden.¹⁵

Ausgehend von den erläuterten Analyse- und Berechnungsgrundlagen können nun für jeden einzelnen soziodemografischen Faktor in Kombination mit jedem Motivkomplex mittels separater Varianzanalysen die Signifikanz und die Werte der beiden Effektgrößen berechnet werden. Die Ergebnisse für Neumitglieder und Gesamtpartei werden nachfolgend in den Tabellen 21 und 22 abgebildet.¹⁶

Nach erster Betrachtung der Tabelle sind zunächst drei grundsätzliche Befunde deutlich erkennbar. Erstens bestehen Unterschiede zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei, zweitens entfalten soziodemografische Faktoren höchstens geringe Effekte gegenüber den Motivkomplexen, wohingegen die Nullhypothese (kein Effekt) in den meisten Fällen bestätigt werden kann. Drittens weist der Großteil der Zellen ein hohes Signifikanzniveau vor, unabhängig davon, ob ein Effekt vorliegt oder nicht.

Von soziodemografischen Faktoren am schwächsten beeinflusst werden kollektivpolitische, normative und ideologische Beitrittsmotive. In keinem der drei Motivkomplexe kann für die Gruppe der Neumitglieder ein Effekt nachgewiesen werden. In der Gesamtpartei sind hingegen schwache Effekte für alle drei Komplexe durch das Alter sowie den Erwerbsstatus erkennbar. Normative Beitrittsmotive werden in dieser Gruppe zudem leicht durch den Kreistyp, d.h. die Zugehörigkeit des Mitglieds zu eher ländlichen oder eher urbanen Kreisverbänden beeinflusst. Um zu verstehen, wie die jeweiligen Effekte innerhalb der verschiedenen Gruppen eines soziodemografischen Faktors wirken, sind Post-hoc-Tests eine Grundvoraussetzung für die fundierte Interpretation. Der Bonferroni-Test¹⁷ bietet dafür die Möglichkeit, Mittelwertunterschiede zwischen einzelnen Gruppen innerhalb eines soziodemografischen Faktors ebenso zu beleuchten wie deren Signifikanz.

15 Vgl. Cohen 1988, S. 284–288.

16 Die Variablen »Gewerkschaft« und »Migrationshintergrund« setzen sich aus lediglich zwei Gruppen zusammen (vgl. Abschnitt 3.1.4), wodurch ein t -Test für die Analyse ausreichend wäre. Unter den gegebenen Voraussetzungen sind die Ergebnisse der einfaktoriellem ANOVA jedoch mit den Resultaten eines t -Tests identisch, sodass an dieser Stelle zugunsten der Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit durchgehend einfaktoriellem ANOVAs durchgeführt wurden. Es ist darüber hinaus unbedingt zu problematisieren, dass es sich bei allen Berechnungen um Momentaufnahmen und nicht um retrospektive Betrachtungen handelt, wodurch einige der Variablen möglicherweise einem Verzerrungseffekt unterliegen, der ausgehend von den vorhandenen Daten nicht behoben werden kann: So wird die Ausprägung einer Variable zum Zeitpunkt der Erhebung – nicht jedoch zum Zeitpunkt des Beitritts – berücksichtigt, wodurch insbesondere bei der Gruppe der Gesamtpartei, die einen größeren Beitrittszeitraum erfasst, Unschärfe entsteht.

17 Vgl. Anhang 3. Beim Post-hoc-Verfahren nach Bonferroni handelt es sich um einen paarweisen Mehrfachvergleich mithilfe von t -Tests. Sollte die ANOVA einen signifikanten Unterschied zwischen Mittelwerten anzeigen, hilft dieses Verfahren dabei festzustellen, zwischen welchen konkreten Gruppen-Mittelwerten Unterschiede bestehen. Im Vergleich zu anderen Verfahren (z.B. nach Sidak oder Scheffé) liefert Bonferroni eher konservative Ergebnisse, ein möglicher Zusammenhang wird demnach nicht überschätzt.

Tabelle 21: Soziodemografie und Beitrittsmotivationen (Neumitglieder). Effektgrößen. Signifikante Werte werden mit einem Stern markiert und grau hinterlegt bzw. fett gedruckt, wenn sie mindestens einen schwachen Effekt signalisieren

Faktor	Effektgröße η^2 und (ergänzend) f nach Motivkomplex							
	Sel. erg.	Sel. pro.	Kol- lektiv	Nor- mativ	Altruis- tisch	Ideo- log.	Expr.	
Neumitglieder	Geschlecht	0,003* <i>f=0,055</i>	0,010* <i>f=0,101</i>	0,003* <i>f=0,055</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,013* <i>f=0,115</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,002* <i>f=0,045</i>
	Altersgruppe	0,008* <i>f=0,090</i>	0,012* <i>f=0,110</i>	0,007* <i>f=0,084</i>	0,003* <i>f=0,055</i>	0,007* <i>f=0,084</i>	0,003* <i>f=0,055</i>	0,014* <i>f=0,119</i>
	Formale Bildung	0,028* <i>f=0,170</i>	0,050* <i>f=0,229</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,004* <i>f=0,063</i>	0,006* <i>f=0,078</i>	0,021* <i>f=0,147</i>
	Erwerbsstatus	0,011* <i>f=0,106</i>	0,022* <i>f=0,150</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,010* <i>f=0,101</i>	0,006* <i>f=0,078</i>	0,007* <i>f=0,084</i>
	Beschäftigungsst.	0,007* <i>f=0,084</i>	0,015* <i>f=0,123</i>	0,002 <i>f=0,045</i>	0,006* <i>f=0,078</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,006* <i>f=0,078</i>	0,000 <i>f=0,000</i>
	Sub. SchichtEinst.	0,003* <i>f=0,055</i>	0,008* <i>f=0,090</i>	0,004* <i>f=0,063</i>	0,006* <i>f=0,078</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,002 <i>f=0,045</i>
	Konfession	0,011* <i>f=0,106</i>	0,010* <i>f=0,101</i>	0,002 <i>f=0,045</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,005* <i>f=0,071</i>	0,009* <i>f=0,095</i>	0,005* <i>f=0,071</i>
	Gewerkschaft	0,000 <i>f=0,000</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,003* <i>f=0,055</i>	0,004* <i>f=0,063</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,002* <i>f=0,045</i>
	Migrationshint.	0,000 <i>f=0,000</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,001 <i>f=</i>
	Kreistyp	0,013* <i>f=0,115</i>	0,013* <i>f=0,115</i>	0,007* <i>f=0,084</i>	0,002 <i>f=0,045</i>	0,008* <i>f=0,090</i>	0,002 <i>f=0,045</i>	0,016* <i>f=0,128</i>
	Familienstand	0,003* <i>f=0,055</i>	0,007* <i>f=0,084</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,007* <i>f=0,084</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,003* <i>f=0,055</i>
	Ost/West	0,002* <i>f=0,045</i>	0,001 <i>f=0,032</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,003* <i>f=0,055</i>	0,000 <i>f=0,000</i>	0,002* <i>f=0,045</i>	0,005* <i>f=0,071</i>

Eigene Darstellung

Tabelle 22: Soziodemografie und Beitrittsmotivationen (Gesamtpartei). Effektgrößen. Signifikante Werte werden mit einem Stern markiert und grau hinterlegt bzw. fett gedruckt, wenn sie mindestens einen schwachen Effekt signalisieren

Gesamtpartei	Faktor	Effektgröße η^2 und (ergänzend) f nach Motivkomplex						Expr.
		Sel. erg.	Sel. pro.	Kol- lektiv	Nor- mativ	Altruis- tisch	Ideo- log.	
	Geschlecht	0,002* $f=0,045$	0,009* $f=0,095$	0,003* $f=0,055$	0,007* $f=0,084$	0,007* $f=0,084$	0,001 $f=0,032$	0,003* $f=0,055$
	Altersgruppe	0,012* $f=0,110$	0,011* $f=0,106$	0,015* $f=0,123$	0,020* $f=0,143$	0,014* $f=0,119$	0,011* $f=0,106$	0,010* $f=0,101$
	Formale Bildung	0,027* $f=0,167$	0,024* $f=0,157$	0,003* $f=0,055$	0,003* $f=0,055$	0,003* $f=0,055$	0,006* $f=0,078$	0,011* $f=0,106$
	Erwerbsstatus	0,011* $f=0,106$	0,014* $f=0,119$	0,010* $f=0,101$	0,013* $f=0,115$	0,012* $f=0,110$	0,011* $f=0,106$	0,006* $f=0,078$
	Beschäftigungsst.	0,004* $f=0,063$	0,014* $f=0,119$	0,001 $f=0,032$	0,004* $f=0,063$	0,002* $f=0,045$	0,004* $f=0,063$	0,003* $f=0,055$
	Sub. Schichteinst.	0,004* $f=0,063$	0,012* $f=0,110$	0,001 $f=0,032$	0,003* $f=0,055$	0,001 $f=0,032$	0,003* $f=0,055$	0,004* $f=0,063$
	Konfession	0,015* $f=0,123$	0,001 $f=0,032$	0,004* $f=0,063$	0,006* $f=0,078$	0,003* $f=0,055$	0,003* $f=0,055$	0,006* $f=0,078$
	Gewerkschaft	0,000 $f=0,000$	0,003* $f=0,055$	0,001* $f=0,032$	0,001* $f=0,032$	0,011* $f=0,106$	0,000 $f=0,000$	0,002* $f=0,045$
	Migrationshint.	0,001* $f=0,032$	0,000 $f=0,000$	0,001* $f=0,032$	0,001* $f=0,032$	0,000 $f=0,000$	0,000 $f=0,000$	0,001 $f=0,032$
	Kreistyp	0,016* $f=0,128$	0,011* $f=0,106$	0,003* $f=0,055$	0,016* $f=0,128$	0,006* $f=0,078$	0,001 $f=0,032$	0,007* $f=0,084$
	Familienstand	0,006* $f=0,078$	0,009* $f=0,095$	0,004* $f=0,063$	0,013* $f=0,115$	0,008* $f=0,090$	0,001 $f=0,032$	0,000 $f=0,000$
	Ost/West	0,000 $f=0,000$	0,008* $f=0,090$	0,002* $f=0,045$	0,035* $f=0,190$	0,001* $f=0,032$	0,000 $f=0,000$	0,002* $f=0,045$

Eigene Darstellung

Für kollektiv-politische, normative und ideologische Motive wird deutlich, dass die Bedeutung der Komplexe im höheren Alter leicht zunimmt, bzw. dass die allgemeine Unterstützung der Parteiziele, der Einfluss des sozialen Umfelds sowie die konkrete Unterstützung eines Parteiflügels nebst dem Wunsch der parteiinternen Kursbeeinflussung für ältere Parteimitglieder ab 61 Jahren eine etwas größere Rolle bei der individuellen Beitrittsentscheidung gespielt hat. Die Effekte bei normativen und ideologischen Motiven sind besonders dann kausal nachvollziehbar, wenn sie vor dem Hintergrund des früheren Eintrittsjahres – hier impliziert durch das höhere Alter – betrachtet werden: Gerade bei Eintritt in die SED ist zu vermuten, dass der eigene soziale Bezugsrahmen einen gewichtigen Faktor für die eigene Eintrittsentscheidung begründete, etwa in Form einer familiären Parteitraktion oder einem weitreichenden gesellschaftlichen Druck in der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem Einzelpersonen nicht zuletzt durch das persönliche Umfeld konfrontiert waren. Der Wunsch nach Stärkung eines bestimmten Parteiflügels und der Beteiligung am internen Kampf um programmatische Richtlinien und Schwerpunkte kann hingegen plausibel auf die Zeitperiode zwischen 1990 und 2007 zurückgeführt werden, innerhalb derer sich die Partei mit ihren zahlreichen Neugründungen, internen Krisen und richtungsweisenden Parteitag zu Grundsatzfragen umfangreichen Zäsuren ausgesetzt sah. Gerade in dieser Phase, in der das inhaltliche Profil noch wenig ausgeprägt war, bestand großer Diskussions- und Gestaltungsspielraum für Personen, die aus ideologischen Motiven ihren Beitritt erklärten.

Der erweiterte Blick auf den Erwerbsstatus – ebenfalls ein schwacher Effekt für alle drei Motivkomplexe – zeigt darüber hinaus, dass der Erwerbsstatus selbst de facto keinen eigenen Effekt begründet, sondern lediglich mit dem Alter der Parteimitglieder korreliert und somit den o.g. Alterseffekt unterstreicht: Signifikante Mittelwertunterschiede bestehen maßgeblich zwischen Rentnern/Pensionären (höhere Bedeutung der genannten Beitrittsmotive) und allen anderen Erwerbsgruppen. Schlussendlich kann bei älteren Neumitgliedern, die lange Zeit nach der Wiedervereinigung und einige Jahre nach der finalen Konsolidierung der Partei als »DIE LINKE« eingetreten sind, weder ein altersspezifischer noch ein erwerbsspezifischer Effekt bei den kollektiv-politischen, normativen und ideologischen Motiven nachgewiesen werden. Interessant bleibt der Einfluss des Kreistyps, des Familienstands und der Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland¹⁸ auf normative Anreize. Für Parteimitglieder aus ländlichen Regionen kann hierbei zunächst eine größere Relevanz des persönlichen Umfelds auf den Beitritt beobachtet werden, jedoch nur im Kontext der Gesamtpartei. Dabei ist jedoch ein versteckter Alterseffekt naheliegend, da auch in den mitgliederstarken Ost-Landesverbänden heute mehr Neumitglieder aus dem urbanen Raum rekrutiert werden und ländliche Gebiete stärker durch Altgenossen geprägt sind, die entweder bereits vor 1990 in die SED oder zwischen 1990 und 2007 in die neu gegründete PDS bzw. DIE LINKE.PDS eintraten. Diese Vermutung wird umso deutlicher unterstrichen, wenn der Faktor Ost/West in die Betrachtung einbezogen wird, der innerhalb der Gesamtpartei

18 Als Westdeutschland werden an dieser Stelle alle Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung ohne Westberlin zusammengefasst. Ostdeutschland umfasst hingegen die eingegliederten Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin als Ganzes.

ebenfalls einen schwachen, jedoch im Gesamtbild der kompletten Analyse einen der größten Effekte eines soziodemografischen Faktors auf Beitrittsmotivationen markiert. Demzufolge ist unstrittig, dass normative Motivationen insbesondere für Altmitglieder im Osten eine größere Rolle für ihren Parteibeitritt spielten. Letztlich wird der Alters-effekt zudem zusätzlich durch die Betrachtung des Familienstands deutlich, da sich lediglich die Gruppe der verwitweten Mitglieder, folglich älterer Personen, von allen anderen Gruppen innerhalb dieses Faktors durch höhere Relevanz normativer Beitritts-motivationen abgrenzt. In der Gegenprobe ist erkennbar, dass bei Neumitgliedern keine Effekte bezüglich des Kreistyps, des Familienstands oder des Vergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland vorliegen.¹⁹

Sowohl expressive als auch altruistische Motivationen werden bei beiden Vergleichsgruppen – wenn auch nur vereinzelt – durch soziodemografische Faktoren beeinflusst. Beide Motivkomplexe gehören neben kollektiv-politischen Anreizen zu den drei wichtigsten Schwerpunkten bei der Untersuchung des Parteibeitritts.

Der expressive Motivkomplex – jener, der den Beitritt durch einprägsame Persönlichkeiten an der Parteispitze und vorwiegend abstrakte Sympathie erklärt – ist gleichsam bei Neumitgliedern und Gesamtpartei durch schwache alters- und bildungsspezifische Effekte geprägt. So besitzen expressive Motive bei älteren (ab 46 Jahren) und niedriger gebildeten Mitgliedern (Haupt- und Oberschulabschluss) eine etwas höhere Relevanz, wohingegen sie für jüngere Personen und insbesondere jene Mitglieder mit einem akademischen Abschluss einen geringeren Einfluss auf ihre Beitrittsentscheidung hatten.²⁰

Altruistische Motivationen, d.h. der Wunsch, mit dem Eintritt einer bürgerschaftlichen Verantwortung nachzukommen, korrelieren in beiden Vergleichsgruppen hingegen zunächst mit dem Erwerbsstatus. Bemerkenswert ist, dass sich signifikante Mittelwertunterschiede jedoch unterschiedlich äußern: Während sich bei den Neumitgliedern vorrangig Studenten mit einer leicht niedrigeren Relevanz altruistischer Motive von allen anderen Erwerbsgruppen abgrenzen, ist es im Kontext der Gesamtpartei hingegen die Gruppe der Rentner und Pensionäre, für die dieser Motivkomplexe eine höhere Bedeutung besitzt als für jede andere Gruppe innerhalb des soziodemografischen Faktors des Erwerbsstatus. Letztgenannter Befund erklärt auch die Korrelation mit dem Alter der Befragten, nach der sich die altruistische Motivation der beiden ältesten Gruppen (ab 61 Jahren) insofern von jüngeren Parteimitgliedern unterscheidet, als sie für die Eintrittsentscheidung in die Partei bedeutsamer war. Da dieser Effekt lediglich bei der Gesamtpartei und nicht bei den Neumitgliedern zu beobachten ist, bietet auch hier der historische Zusammenhang – zumindest bei jenen ostdeutschen Mitgliedern, die vor 1990 in die SED eingetreten sind – einen naheliegend kausalen Erklärungsansatz. Durch die Korrelation mit dem Faktor der Gewerkschaftszugehörigkeit wird dieser Ost-West-Zusammenhang möglicherweise unterstrichen, da Mitglieder mit Gewerkschaftszugehörigkeit altruistischen Motiven eine leicht geringere Bedeutung beimessen und diese häufiger in den alten Bundesländern zu finden sind. Obgleich sie nicht mit formaler Bildung

19 Vgl. Anhang 3.

20 Vgl. ebenda.

korreliert, scheint die staatsbürgerliche Verantwortung zudem für die jüngere Bildungselite – im Fall der Neumitglieder – eine geringere Rolle zu spielen, die allerdings mit dem Eintritt in das Berufsleben und zunehmenden Alter an Relevanz gewinnt.

Effekte auf selektiv-ergebnisbezogene Motivationen, d.h. persönliche Vorteile, die sich das Mitglied etwa für das berufliche Leben oder in Form eines Parteiamts oder Mandat als Ergebnis seiner Mitgliedschaft erhofft, sind sowohl bei Neumitgliedern als auch in der gesamten Partei aus soziodemografischer Sicht zunächst durch die formale Bildung bestimmt. Obgleich der Motivkomplex in der Gesamtschau ungeachtet der Soziodemografie die niedrigste Relevanz für die Beitrittsentscheidung besitzt (vgl. Abschnitt 6.1), muss an dieser Stelle dennoch differenziert werden. Hierbei ist zu beobachten, dass niedriger gebildete Personen – Schüler und Mitglieder mit höchstens einem Hauptschulabschluss – den individuellen Chancen eine höhere Wertigkeit beimessen und größere Ambitionen im Bereich der selektiv-ergebnisbezogenen Anreize einer Parteimitgliedschaft mitbringen. Diese Gruppen grenzen sich damit allen voran von Akademikern in der Partei ab. Die schwache Korrelation dieses Motivkomplexes mit dem Faktor Erwerbsstatus stützt den Befund, denn erwerbslose Mitglieder zeichnen sich dadurch aus, dass der Motivkomplex für sie eine größere Relevanz innehat.²¹ Einerseits bietet die Vielfalt an beruflichen Möglichkeiten in Kombination mit der Berufswahl einen möglichen Erklärungsansatz: Während Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium bereits manifeste berufliche Entscheidungen mit der Wahl ihres Fachs getroffen haben und möglicherweise im Berufsleben verankert sind, befinden sich insbesondere Schüler und Menschen ohne Abschluss eher noch in Orientierungsphasen, wobei die Partei zumindest für Teile dieser Gruppe ggf. erstrebenswerte berufliche Perspektiven bieten kann – egal ob in der hauptamtlichen Mitarbeit oder durch die Kandidatur bei politischen Wahlen. Andererseits kann dieser Gegensatz zwischen höher und niedriger gebildeten Mitgliedern – wenn auch schwach – als Widerspruch zur ressourcentheoretischen Annahme interpretiert werden, nach der insbesondere Personen mit hoher formaler Bildung größere Ambitionen für Tätigkeiten in der Politik vorweisen.

Am deutlichsten von soziodemografischen Faktoren beeinflusst werden selektive Motivationen im prozessbezogenen Kontext. Erhoffte persönliche Vorteile durch die Parteimitgliedschaft in Form von gemeinsamer Parteiarbeit mit anderen Mitgliedern oder dem Wunsch nach sozialer Integration stehen folglich mehr als alle anderen Komplexe, die lediglich mit wenigen einzelnen Faktoren korrelieren, in Abhängigkeit zur Soziodemografie des Mitglieds. Faktoren, die hierbei sowohl bei den Neumitgliedern als auch für die Gesamtpartei eine Korrelation markieren, sind zunächst das Alter, der Erwerbs- und Beschäftigungsstatus sowie die formale Bildung, wobei letztgenannte mit einem η^2 von 0,05 und einem f von 0,229 in der Gruppe der Neumitglieder die größten Ausprägungen der beiden Effektgrößen innerhalb der gesamten Analyse erreicht. In der gruppenspezifischen Betrachtung äußert sich dieser Befund, mehr noch als bei den selektiv-ergebnisbezogenen Motiven, maßgeblich durch eine markante Mittelwertdistanz zwischen höher gebildeten Mitgliedern mit (Fach-)Hochschulreife und insbesondere

21 Vgl. Anhang 3.

mit Hochschulabschluss und Mitglieder mit niedrigeren oder keinen Bildungsabschlüssen. Eine niedrigere Relevanz selektiv-prozessbezogener Motivationen wird durch eine steigende formale Bildung forciert, wodurch von einem leichten negativen Zusammenhang gesprochen werden kann. Im Rückschluss und aus der gemeinsamen Betrachtung mit den Ergebnissen der selektiv-ergebnisbezogenen Motivationen kann demnach die Abkehr vom Parteibeitritt aus dem Wunsch nach persönlichen Vorteilen als Merkmal der formal höher gebildeten Mitgliedschaft identifiziert werden.

Der Blick auf die verschiedenen Altersgruppen zeigt darüber hinaus, dass sich die jüngsten Mitglieder – 30 Jahre und jünger – von allen anderen Mitgliedern insofern unterscheiden, als für sie selektiv-prozessbezogene Motive eine höhere Relevanz darstellen – auch wenn in der Analyse der Gesamtpartei wiederum ein leichter Anstieg bei den ältesten Mitgliedern beobachtet werden. Schlussendlich rundet die Betrachtung von Erwerbs- und Beschäftigungsstatus einen zusammenfassenden Befund ab, der für eine ressourcentheoretische Interpretation der Ergebnisse spricht: Die soziale Integration und die persönliche Erfüllung in der Parteiarbeit als solcher haben besonders für jene Gruppen eine höhere Relevanz, die höhere Kapazitäten der Ressource Zeit vorweisen können. Es scheint nachvollziehbar, dass die Erfüllung sozialer Bedürfnisse durch die Parteiarbeit ein hohes Maß an zeitlichen Freiräumen voraussetzt, die für den Besuch von Parteiveranstaltungen und die Vernetzung mit anderen Mitgliedern an der Basis notwendig sind. Für Erwerbspersonen, insbesondere Selbstständige in den mittleren Altersgruppen spielen selektiv-prozessbezogene Beitrittsanreize daher mitunter eine geringere Rolle bei der individuellen Eintrittsentscheidung als bei jüngeren Personen, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden und sich durch ihre persönlichen Lebensumstände weniger Verpflichtungen abseits der Partei stellen müssen. Der Umstand einer steigenden Relevanz des Motivkomplexes im Rentenalter unterstreicht diesen ressourcentheoretischen Erklärungsansatz, da durch den Wegfall beruflicher Tätigkeiten im hohen Alter häufig wieder auf größere zeitliche Kapazitäten zurückgegriffen werden kann.

6.2 Beitrittsimpulse: Der konkrete Beitrittsanlass

Neben den grundlegenden Beitrittsmotivationen bildet der Beitrittsimpuls einen zweiten essenziellen Bestandteil bei der Betrachtung der individuellen Beitrittsentscheidung (vgl. Abschnitt 3.2.1). Insgesamt haben 2499 Studienteilnehmer Auskunft über ihre Impulse im entsprechenden Freitextfeld des Fragebogens gegeben. 1478 gehören der Gruppe der derer an, die zwischen 2014 und 2019 in die Partei eintraten; etwa ein Drittel weniger, 1012 Mitglieder, hingegen dem Kreis derer, die bereits vor 2014 Mitglied waren.²²

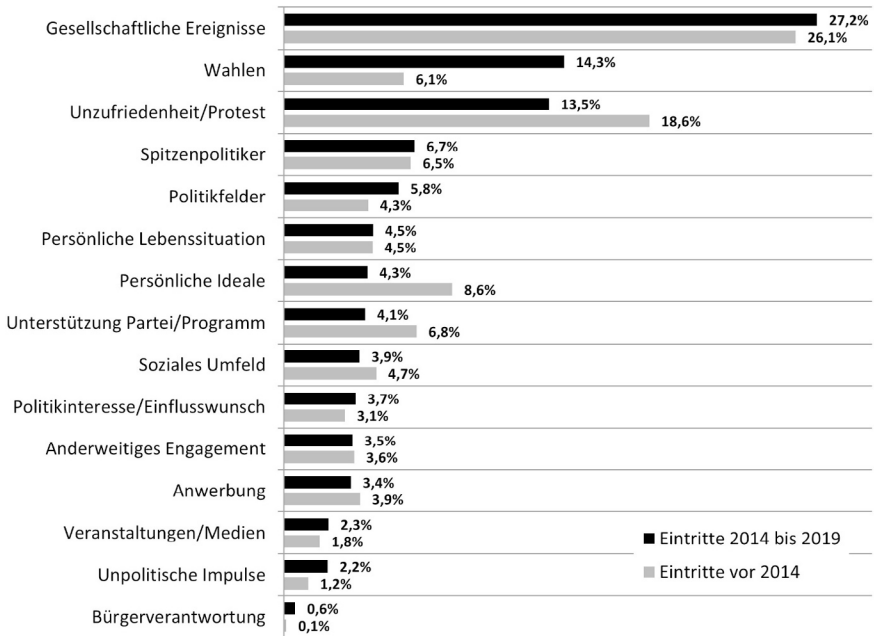
Die Länge der Antworten variierte stark zwischen einzelnen Wörtern und Wortgruppen bis hin zu Textfragmenten und umfangreicheren, teils sehr persönlichen Ausführungen mit einer Maximallänge von 500 Zeichen. Aufgrund der daraus folgenden Individualität der Eintrittsimpulse findet in der nachfolgenden Analyse kein Vergleich zwi-

22 Da die Antworten überaus individuell ausfallen, findet die im methodischen Teil besprochene statistische Gewichtung in der nachfolgenden Analyse keine Anwendung.

schen Neumitgliedern auf der einen und der Gesamtpartei auf der anderen Seite statt. Vielmehr erscheint es sinnvoll, die oben bezifferten Gruppen miteinander zu vergleichen, um insbesondere aussagekräftige Befunde über etwaige Zäsuren und Charakteristika des jeweiligen Zeitabschnitts zu generieren und die Beweggründe der Neumitglieder besser von den Impulsen derer abzugrenzen, die bereits länger Mitglied der LINKEN sind. Anders als in den vorangegangenen Abschnitten geht es somit nicht um eine vergleichende Einordnung der Neumitglieder in die gesamte Parteistruktur, sondern stärker um eine Differenzierung darüber, aufgrund welcher Ereignisse und Anlässe sich Menschen über weite Teile der 2010er Jahre bzw. davor für einen Eintritt in die Partei entschieden.

Bevor eine konkrete und tiefere Betrachtung von Faktoren erfolgt, ist die Kategorisierung der vielschichtigen Freitextantworten der erste wichtige Analyseschritt, um die schwer überschaubare Masse an Text sinnvoll auf ein kompaktes Schaubild zu reduzieren. Alle Einzelantworten können einen oder mehreren der in Abbildung 42 dargestellten Cluster zugeordnet werden, wobei die Zuordnung zugunsten einer höheren Präzision manuell, d.h. ohne computergestützte Verwendung von Software erfolgte. Sofern eine tiefere Analyse der jeweiligen Kategorie möglich ist, geschieht dies über ergänzende Grafiken in den nachfolgenden Ausführungen.

Abbildung 42: Beitrittsimpulse nach Kategorie (Mehrfachzuordnung von Fällen möglich, Mehrfachantworten innerhalb eines Clusters werden nur einmal pro Fall gezählt); relative Häufigkeiten in Prozent



Eigene Darstellung

a) Gesellschaftliche Ereignisse

»Der politische Rechtsruck in Deutschland, Zunahme an Rassismus, Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und das Erstarken der AfD.«

»Die Demonstrationen hier in Freital und der Protest der Nazis gegen die Flüchtlinge [...] und Rassismus, der wieder offen auf der Straße sein Gesicht zeigte und Anschläge verübte.«

»2015 war das ›Flüchtlingsjahr‹ und ich wollte meinen Standpunkt sichtbarer machen.«

»Zusammenschluss zu einer landesweiten Partei, die programmatisch vereint auftritt und sich nicht als Ost- oder Westpartei versteht.«

»Die Möglichkeit, die gesellschaftliche Linke durch Zusammenschluss von WASG und PDS zu einer und einer Partei mit Anknüpfungspunkten von Marx bis Keynes und von Sozialdemokratie bis Reformkommunismus zu gründen.«

»Ich war seit 1968 in der SPD, für diese in Stadtrat und Kreistag [...], wegen Agenda 2010 ausgetreten«²³

Die wichtigsten Beitrittsimpulse stellen – unabhängig von der Analysegruppe – politisierende *gesellschaftliche Ereignisse* dar. Diese umfassen mit dem konkreten Erlass von bestimmten Gesetzen, Kriegen und Konflikten, wirtschaftlichen und politischen Zäsuren und Trends sowie mehr oder minder stark medial aufgegriffener Geschehnisse nationaler und internationaler Tragweite ein breites Spektrum. Auch politische Wahlen zählen im engeren Sinne zu dieser Kategorie, wobei sie aufgrund ihrer Sonderrolle und zur besseren Differenzierung innerhalb dieser Untersuchung als eigenständiges Cluster abgebildet werden.

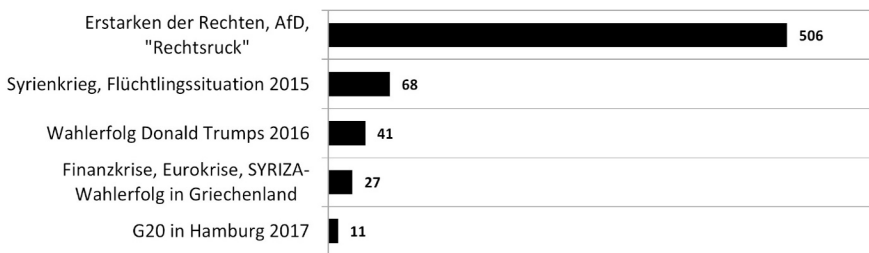
Im Hinblick auf die Neumitglieder (Abb. 43) kann hinsichtlich gesellschaftlicher Ereignisse sofort und allen voran ein wahrgenommener Aufstieg rechter Kräfte als Beitrittskatalysator erkannt werden. Das Antwortverhalten der Befragten ist mehrdimensional von inhaltlich unterschiedlichen Annäherungen an den Impuls geprägt und wird häufig von emotionalen Ausprägungen wie Furcht oder dem Gefühl, »etwas dagegen tun zu müssen«, begleitet. Die Studienteilnehmer schildern einerseits konkrete Ereignisse, etwa Demonstrationen und Großkundgebungen des rechten Spektrums (Chemnitz 2018, PEGIDA, Veranstaltungen im unmittelbaren Wohnumfeld) und rechtsextremistisch motivierte Straftaten (Brandanschläge auf bestimmte Asylunterkünfte, gewaltsame Übergriffe auf Personen) als Impuls.

Andererseits wird die diffusere Wahrnehmung eines »Erstarkens« rechter Kräfte über einen längeren Zeitraum als weiterer Anlass deutlich. Hierbei finden sowohl der parteiförmige Rechtspopulismus und -extremismus (Wahlergebnisse, Mitgliederzulauf und öffentliche Akzeptanz der AfD und tw. rechtsextremer Kleinstparteien) als auch

23 Exemplarische Beispiele aus den Freitextantworten der Mitgliederbefragung 2019.

die nicht-parteiliche Organisation rechtsgerichteter politischer Aktionen Erwähnung, wobei zahlreiche Mitglieder zudem auch von einem allgemeinen »Rechtsruck« der Gesellschaft schreiben. Der geografische Bezug ist überwiegend auf Deutschland beschränkt, reicht aber in Teilen bis zur internationalen Ebene – etwa, wenn Befragte die Wahlerfolge rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien in anderen europäischen Ländern oder der gesamten Europäischen Union als ihren Beitrittsimpuls nennen. Die Wahrnehmung der LINKEN als politische Gegenkraft zu diesen als negativ empfundenen Ereignissen und Trends sowie die Hoffnung, ebendiesen Ereignissen durch die eigene Parteimitgliedschaft entgegenzuwirken, bildet den Grundtenor des Schlüsselimpulses.

Abbildung 43: Gesellschaftliche Ereignisse – Schlüsselimpulse bei den Eintritten 2014 bis 2019 (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Eng mit dem Impuls rechter Tendenzen in der Gesellschaft verwoben, schließen sich mit dem Syrienkrieg und der verbundenen Flüchtlingswelle im Jahr 2015 weitere entscheidende Ereignisse an, wenngleich diese nach der absoluten Zahl der Nennungen von deutlich niedrigerer Relevanz für den Eintritt geprägt sind. Der Parteibeitritt wird von den Mitgliedern mit der friedenspolitischen Ausrichtung und asylfreundlichen Politik der LINKEN begründet, mit denen sie sich identifizieren. Infolgedessen ist der Beitritt als das Ergebnis einer solidarischen Einstellung gegenüber der Partei aufgrund der eigenen politischen Haltung zu verstehen.

Mit dem Wahlerfolg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in den Vereinigten Staaten 2016 wird ein weiteres Schlüsselereignis als Katalysator für den Eintritt in DIE LINKE begründet. Die Wahrnehmung Trumps als rechtspopulistischer und nationalistischer Stereotyp wird dabei von den entsprechenden Parteimitgliedern durchweg negativ geschildert und mit einem Rückschritt hinsichtlich internationaler Zusammenarbeit und zwischenstaatlicher Solidarität auf der weltpolitischen Bühne assoziiert. Dabei wird Trump in der Perzeption der Befragten als deutlicher Antipode beschrieben, der eine diametrale Position zur eigenen politischen Haltung einnimmt und dem mit einer Stärkung der LINKEN in Deutschland entgegengewirkt werden soll. Der Impuls ist insofern mit der eingangs beschriebenen Wahrnehmung eines »Rechtsrucks« verwandt, als die Wahl Donald Trumps nicht zuletzt den angenommen internationalen Aufstieg rechten Gedankenguts manifestiert.

Mit der Finanzkrise von 2007 und den Folgejahren sowie dem als negativ wahrgenommenen Umgang der EU/EZB-Politik mit Griechenland im Rahmen der Eurokrise ab 2010 kann ein weiterer Eintrittsimpuls ausgemacht werden, der insbesondere in den Eintrittsjahren 2014 und 2015 von Bedeutung für neue Mitglieder der LINKEN war. Dabei beklagen Mitglieder einerseits die ökonomischen Auswirkungen der Krisenjahre, die sich bis weit in die 2010er Jahre erstrecken würden und deren Hauptschuld ein weltweites kapitalistisches System trage. Zugleich werden die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union gegenüber Griechenland während der Eurokrise zur Repression erklärt. Es scheint im Kontext der Beitrittsjahre 2014 und 2015 nachvollziehbar, dass eine Mehrheit Befragten innerhalb dieses Impulses neben dem o.g. allgemeinen Unmut Alexis Tsipras, den Vorsitzenden der linkspopulistischen Partei SYRIZA in Griechenland, erwähnen. Dieser kandidierte 2014 als Spitzenkandidat der Partei der Europäischen Linken (EL) für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten und wurde im Zuge des Wahlsiegs seiner Partei bei der griechischen Parlamentswahl von 2015 zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt. DIE LINKE, die seine Wahl aufgrund der politischen Nähe zu SYRIZA, in der sie eine Art griechisches Pendant zu sich sah²⁴, als linke Erfolgsgeschichte in Krisenzeiten bewertete, konnte daher offenbar indirekt in Form von Parteieintritten durch Tsipras Wahl in Griechenland profitieren.

Wenngleich aufgrund weniger Nennungen ein eher vernachlässigbarer Impuls, bildete die Austragung des G20-Gipfels in Hamburg 2017 dennoch einen Eintrittsgrund für einen kleinen Mitgliederkreis der LINKEN. Medial stark geprägt durch die Berichterstattung über zahlreiche Großdemonstrationen sowie gewaltsam-linksextreme Ausschreitungen, stellt das Ereignis ein besonders einschlägiges Beispiel für das Mobilisierungspotenzial der politischen Linken während vergleichbarer Gipfeltreffen dar. Bereits der G7-Gipfel 2015 auf Schloss Elmau in Bayern oder der G8-Gipfel 2007 in Bad Doberan/Heiligendamm sah sich mit ausgedehnten Protestaktionen breiter linker Bündnisse konfrontiert. Dass DIE LINKE an Politisierungseffekten in Form von Parteieintritten partizipiert, verwundert daher nicht.

Weitere, jedoch nur vereinzelt von den Mitgliedern als Eintrittsgrund genannte Ereignisse sind die Diskussionen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen 2013 und 2016, die russische Annexion der Krim-Halbinsel 2014, die Ereignisse um den sog. Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) sowie die Novellen zum Polizeiaufgabengesetzes (PAG) in Bayern 2017/2018 und die Bildung der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen 2014. In Anbetracht der hohen Bedeutsamkeit von Wahlen bei Parteieintritten (vgl. Abb. 42) ist besonders bei letztgenanntem Punkt bemerkenswert, dass die Wahl Bodo Ramelow zum ersten Ministerpräsidenten der Partei DIE LINKE in der bundesdeutschen Geschichte offenkundig keinen größeren impulsgebenden Einfluss auf Neueintritte zur Folge hatte.

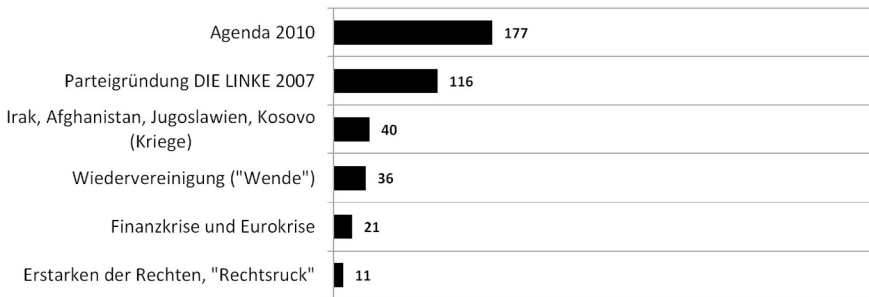
Im Vergleich zu Mitgliedern, die bereits vor 2014 in die Partei eingetreten sind und ihren Beitritt mit einem gesellschaftlichen Ereignis verknüpfen, liegt es in der Natur der Sache, dass an dieser Stelle andere Geschehnisse entscheidend waren. Ebenso handelt es sich bei dieser Analysegruppe um einen Personenkreis, der einen weitaus größeren Zeitraum abdeckt, wodurch die konkreten Impulse (Abb. 44) diverser ausfallen als bei

24 Vgl. DIE LINKE 2015a; DIE LINKE 2015b; DIE LINKE 2015c.

den Neumitgliedern, die in der Mitgliederbefragung 2019 lediglich eine Zeitspanne von sechs Jahren umfassen.

Der wichtigste Grund für Beitritte in den 2000er Jahren war die Agenda 2010, eine Reform der rot-grünen Bundesregierung (Kabinett Schröder II) von 2003 und den Folgejahren, die durch ihre weitreichenden Veränderungen im Sozialsystem und Arbeitsmarkt in der Retrospektive zurecht häufig als eine »Jahrhundertreform«²⁵ bezeichnet wurde. Die Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 zählt bereits seit ihrer Ankündigung im Bundestag durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den identitätsstiftenden Kerninhalten der LINKEN (zu dieser Zeit PDS) und setzt sich bis in heutige Argumentationsstrukturen ihrer Abgeordneten fort, in denen soziale Missstände nicht selten auf Gesetzesentscheidungen im Rahmen der Agenda 2010 zurückgeführt werden.²⁶

Abbildung 44: Gesellschaftliche Ereignisse – Schlüsselimpulse bei den Eintritten vor 2014 (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Dabei stand und steht ihr die Partei überaus kritisch gegenüber (»Sozialabbau hat einen Namen: Agenda 2010«²⁷) und moniert Einschnitte im Gesundheitswesen durch die – inzwischen nicht mehr bestehende – Praxisgebühr und Streichungen im Leistungskatalog der Krankenkassen sowie die Senkung des Spitzensteuersatzes und allen voran die sog. »Hartz«-Gesetzgebungen als Urheber gesellschaftlicher Spaltung und Schwächung der Interessen von Arbeitnehmern.²⁸ Mitglieder, die die Agenda 2010 als ihren Beitrittsimpuls genannt haben, verbinden dies nicht selten mit einer Grundsatzkritik und Unzufriedenheit gegenüber den Grünen, insbesondere aber der SPD. Für sie stellte DIE LINKE/PDS eine Alternative zu den anderen Parteien des linken Spektrums dar, bei denen sie durch die Agenda eine politische Abkehr von ihren sozialen Schwerpunkten und gar eine Bewegung nach »rechts hin zur Mitte« in den 2000er Jahren wahrnahmen. Mit ihrer Kontradiktion zu SPD und Grünen, besonders während der Ära Schröder, bot

25 Bug 2013, S. 1.

26 Vgl. DIE LINKE im Bundestag 2022.

27 DIE LINKE 2009.

28 Vgl. ebenda.

DIE LINKE/PDS für diesen Personenkreis eine politische Heimat, in der Enttäuschung und Unmut zum Ausdruck gebracht werden konnten. Die Agenda 2010 stellte dabei einen besonderen Katalysator für Parteieintritte dar.

Eine hohe Relevanz im Kontext der Neumitgliedergewinnung besaß zudem die Parteifusion von DIE LINKE/PDS und WASG 2007 zu ihrer bis heute bestehenden Form der gesamtdeutschen Partei DIE LINKE.²⁹ Der Gründungsprozess stellte – allem voran für potenzielle Mitglieder in Westdeutschland, wo die PDS in ihrer Rolle als Regionalpartei Ost auf der politischen Bühne bisher nur wenig Fuß fassen konnte – einen Schlüsselimpuls dar. Befragte, die hierbei umfangreichere Antworten abgaben, berichten zudem von einer Stimmung des Aufbruchs durch die Vereinigung linker Kräfte in Ost und West und heben in einigen Fällen die herausgehobenen Rollen Gregor Gysis und Oskar Lafontaines als jeweilige politische Galionsfiguren dieser Zeit hervor. Neben dem Wahlerfolg der SYRIZA in Griechenland stellt die Parteigründung den einzigen mit positiven Eindrücken und Emotionen konnotierten Schlüsselimpuls dar, der aus dem Antwortverhalten der Mitglieder im Rahmen der Studie hervorgeht. Er steht damit als Zäsur im starken Kontrast zu den weiteren genannten gesellschaftlichen Ereignissen, die etwa in Form von Kriegen, elektoralen Erfolgen rechter Parteien oder Wirtschaftskrisen vorwiegend aus der (emotional) negativ besetzten oder widerständigen Grundhaltung der jeweiligen Mitglieder einen Beitrittsimpuls begründen.

Militärische Konflikte bzw. Kriege bilden zusammengefasst einen dritten Beitrittsanlass für Eintritte vor 2014, wenngleich dieser im Vergleich zur Agenda 2010 und der Parteigründung 2007 von geringerer Relevanz geprägt ist. Im Kontext des jeweiligen Beitrittsjahres finden die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre, der Irakkrieg 2003 sowie der über den Analysezeitraum hinaus andauernde Krieg in Afghanistan, beginnend mit der US-geführten Militäroperation »Enduring Freedom« im Herbst 2001 nach den Ereignissen des 11. Septembers, Erwähnung. Die Ausführungen der Mitglieder spiegeln dabei fast immer einen subjektiv wahrgenommenen Schulterschluss der persönlichen friedenspolitischen Grundhaltung mit dem Parteiprogramm der LINKEN wider. Delegitimierung von Gewalt und Krieg als mögliche Optionen internationaler Konfliktlösung, konsequente Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie eine grundlegend pazifistische Weltanschauung, die jegliche Form von Waffengewalt als unethisch betrachtet, markieren hierbei den weitreichenden Konsens im Antwortverhalten der Befragten. Verknüpft wird der Impuls in einigen Fällen zudem mit außenpolitischen Entscheidungen der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan) und einer allgemein skeptischen bzw. kritischen Haltung gegenüber Militäroperationen der Vereinigten Staaten und der NATO.

Der vierte größere Impuls umfasst mit dem Zusammenbruch der DDR, der deutschen Wiedervereinigung und den Folgen dieser Ereignisse den Zeitraum von 1989 bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre. Mitglieder, die in diesem Zeitraum in die neu gegründete PDS eintraten, begründen ihre Entscheidung maßgeblich mit dem Prozess der Eingliederung der neuen Bundesländer, der ihrer Ansicht nach hauptsächlich zum Nachteil

29 In Abbildung 44 werden hierbei nur Mitglieder berücksichtigt, die durch die Gründung der LINKEN in die Partei eingetreten sind. Mitglieder, die etwa bereits vor der Fusion Mitglied der WASG waren, finden folglich keine Beachtung innerhalb des Impulses.

der ehemaligen DDR-Bürger durch eine Art westdeutsches Diktat erfolgte. Konkret kritisiert werden Schließungen von vormalig volkseigenen Betrieben (VEBs) sowie deren Aufkauf durch westdeutsche Konzerne (»Ausverkauf der DDR«) und steigende Arbeitslosigkeit im Osten der frühen 1990er Jahre. Auf der soziokulturellen Ebene sind sowohl ein diffuses Gefühl der Unterdrückung durch den Westen (»Bürger zweiter Klasse«) sowie die – subjektiv empfundene – fehlende Anerkennung der Lebensleistung von DDR-Bürgern seitens der bundesdeutschen Politik als zentrale Momente erkennbar. Vereinzelt drücken Mitglieder darüber hinaus ihre Sympathie zu einem nicht näher definierten, demokratischen sozialistischen System aus, das ihrer Ansicht nach im Rahmen der (geseheiterten) Reformdiskurse innerhalb der DDR hätte entstehen können. Die PDS wurde von Neumitgliedern in dieser Zeit einerseits als Vertretungskörperschaft ostdeutscher Interessen und andererseits als Trägerin sozialistischer Ideale über die Wiedervereinigung hinaus wahrgenommen.

Mit der Finanzkrise von 2007, der Eurokrise und der Besorgnis über einen Aufstieg der politischen Rechten bestehen schließlich Überschneidungen mit der Analysegruppe der Neumitglieder, wobei insbesondere letztgenannter Impuls unterschiedlich begründet wird. So wird das Empfinden eines »Rechtsrucks«, bei den Neueintritten zwischen 2014 und 2019 primärer Beitrittsgrund, von Neumitgliedern vor 2014 zunächst weitaus weniger genannt. Ein Erklärungsansatz hierfür ist die Abwesenheit einer erfolgreichen Partei rechts der CDU im politischen Spektrum – die AfD verbuchte erst nach der Bundestagswahl 2013 elektorale Erfolge – sowie das Fehlen eines Ereignisses vor 2014, das ähnlich der Flüchtlingssituation 2015 gleichsam das rechte und linke Lager in der Migrationsfrage polarisierte und neue Anhänger politisierte. Die wenigen Mitglieder, die vor 2014 ihren Eintritt in die Partei aufgrund eines Erstarkens rechter Kräfte begründen, beziehen sich in ihren Erklärungen auf kleinere Wahlerfolge der NPD auf Landesebene sowie auf einzelne konkrete Ereignisse, von denen wohl die fremdenfeindlichen und rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 das prominenteste Beispiel sind.

Neben den aufgeführten Schlüsselimpulsen werden im Antwortverhalten zudem vereinzelt weitere Ereignisse und Zeitabschnitte wie der NATO-Doppelbeschluss, der bundesweite Bildungsstreik von 2009, die »Unrechtsstaats«-Debatte zur DDR oder die Nachkriegszeit von den Mitgliedern als Beitrittsimpulse genannt.

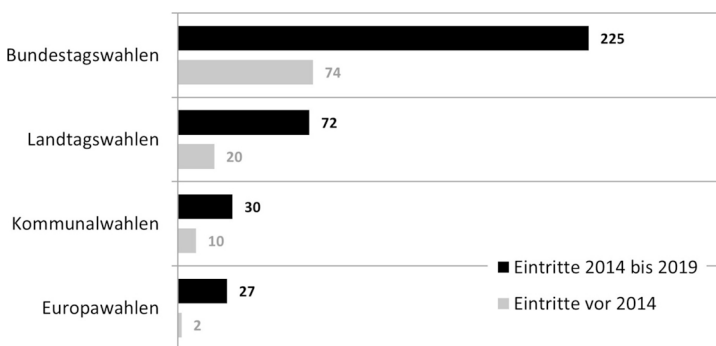
b) Wahlen Nach den gesellschaftlichen Ereignissen begründen politische Wahlen auf allen Ebenen durch ihren politisierenden, partizipatorischen und rekrutierenden Effekt einen wichtigen Beitrittsimpuls für Parteien.³⁰ Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 bestätigen diesen Befund vor allem mit Blick auf die Neumitglieder der LINKEN, bei denen Wahlen an zweiter Stelle der Rangfolge aller Impulse stehen. Mitglieder, die ihren Eintritt vor 2014 erklärt haben, benennen hingegen Wahlen im Verhältnis deutlich weniger als ihren Beitrittsimpuls, obgleich sie auch bei ihnen als nicht zu verachtender Faktor für die individuelle Beitrittsentscheidung erkennbar sind. Mehrere Ansätze bieten für die Differenz zwischen den beiden Analysegruppen plausible Erklärungen. Besonders vor der Bundestagswahl 2009 befand sich DIE LINKE/PDS in mehreren

30 Vgl. Laux 2011a, S. 74.

Phasen mit erfolglosen bis bestenfalls mäßig erfolgreichen Wahlteilnahmen. Bis zu ihrem ersten erfolgreichen Einzug in ein westdeutsches Landesparlament bei der Bremer Bürgerschaftswahl 2007 verweilte die Partei maßgeblich in ihrer Rolle als Regionalpartei Ost mit starken Wahlergebnissen in den neuen, jedoch ohne elektorale Relevanz in den alten Bundesländern, wo sie vereinzelt bereits ab 1995 kandidierte. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1998, bei der sie mit 5,1 Prozent der Stimmen knapp den Einzug für eine Legislaturperiode erreichte, konsolidierten sich ihre Wahlergebnisse auf Bundesebene erst ab 2005 und insbesondere nach der Fusion von PDS und WASG zur LINKE. Die weitgehende Bedeutungslosigkeit bei zahlreichen Wahlen sowie ihre Isolation im deutschen Parteiensystem der 1990er und 2000er Jahre – bis auf wenige Ausnahmen in den neuen Bundesländern schlossen alle größeren Parteien Koalitionsverhandlungen mit der PDS als SED-Nachfolge-Partei bereits vor den jeweiligen Wahlen aus – könnten an dieser Stelle eine Erklärung für einen moderaten Rekrutierungseffekt bei Wahlen bieten.

Hinsichtlich der Relevanz einzelner Wahlen bildet sich in beiden Vergleichsgruppen die gleiche Rangfolge ab (Abb. 45). An erster Stelle stehen Bundestagswahlen, wobei diese ab 2009, dem ersten Wahljahr nach der Parteigründung, als Beitrittsimpuls hervorzuheben sind. Der starke politisierende Effekt von Bundestagswahlen wird nicht zuletzt durch die größten Wahlbeteiligungen als Zeugen ihrer öffentlichen Wahrnehmung und Relevanz in der Gesellschaft belegt. Bundestagswahlkämpfe sind von verstärkter medialer Berichterstattung, höherer Präsenz der Partei in öffentlichen Räumen und den wichtigsten inhaltlichen Programmpunkten und Kontroversen mit nationaler Tragweite geprägt. Es erscheint daher nur folgerichtig, dass diese Wahlen als Schlüsselereignisse den bedeutsamsten Rekrutierungseffekt für eine politische Partei entfalten.

Abbildung 45: Politische Wahlen – Schlüsselimpulse (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Mit größerem Abstand folgen Wahlen auf Landesebene auf der zweiten Position der Rangfolge. Für DIE LINKE sind besonders Wahlen in den neuen Bundesländern und Berlin für die Neumitgliedergewinnung entscheidend. Einerseits konnte sie hier ihre größ-

ten elektoralen Erfolge verbuchen, andererseits blicken ihre Fraktionen in Ostdeutschland auf das längste Bestehen mit der höchsten Stabilität zurück. Zwar musste DIE LINKE bei den jüngsten Wahlen erhebliche Verluste mit den teils schlechtesten Ergebnissen ihrer Parteigeschichte hinnehmen, ihre Präsenz in den Landtagen der neuen Bundesländer und im Berliner Abgeordnetenhaus war jedoch 2019 nicht gefährdet. Trotz gegensätzlicher Trends besteht die zahlenmäßige Dominanz ostdeutscher Mitglieder innerhalb der Parteistruktur zudem bis heute fort. Eine breite Parteibasis befähigt Parteien nicht zuletzt dazu, ihren öffentlichen Auftritt bei Wahlen auch in kleinere Gemeinden zu tragen und eine Vielzahl persönlicher Gespräche mit Bürgern auf lokaler Ebene zu führen, wodurch u. U. während des Wahlkampfes anwerbende Effekte durch bekannte Parteipersonlichkeiten vor Ort entstehen können. Ganz anders und erheblich herausfordernder gestaltet sich hingegen der Wahlkampf in den westdeutschen Bundesländern: Durch fehlende personelle Kapazitäten in den Gemeinden müssen Wahlkampfauftritte deutlich zentraler durch die Landesgeschäftsstellen organisiert und koordiniert werden. Der Schwerpunkt verlagert sich stärker auf landesweite Kampagnen und weniger auf lokale Initiativen der Parteibasis. Dass dabei zusätzliche Kapazitäten der Landesverbände gebunden und Wahlkampfauftritte nach lokalen Schwerpunkten priorisiert werden müssen, liegt in der Natur der Sache. Die für einen breiten Wahlkampf erforderlichen Potenziale sind gewiss nicht nur bei Kommunal- und Landtagswahlen von entscheidender Bedeutung, entfalten jedoch bei der LINKEN in den westdeutschen Flächenverbänden lokale Problemlagen für die Partei.

Kommunalwahlen, zu denen im Sinne der Studie die Wahl zu Gemeinderäten, Kreis- und Bezirksräten sowie Bürgermeisterwahlen zählen, werden an dritter Stelle der Rangliste und weit weniger häufig als Beitrittsimpuls genannt. In den meisten Fällen wird Sympathie zu bestimmten Kommunalpolitikern oder ein besonderes Interesse an lokal stark abgrenzbaren Themenschwerpunkten genannt. Die Kombination aus beidem, etwa dann, wenn sich ein Lokalpolitiker der LINKEN oder eine Gemeinderatsfraktion für eine konkrete Straßensanierung oder eine soziale Maßnahme vor Ort einsetzt, begründet einen weiteren Stimulus für den Eintritt in die Partei. Es ist schlüssig, dass die im vorherigen Absatz erläuterte stärkere Präsenz der LINKEN in Ostdeutschland – die sich auch über elektorale Erfolgsaussichten und die Zahl der Sitze in Kommunalräten erstreckt – zu einer erhöhten Relevanz des Impulses in den neuen Bundesländern führt. Es ist umgekehrt praktisch ausgeschlossen, dass Kommunalwahlen zu einem Initialereignis für potenzielle Neumitglieder werden, wenn DIE LINKE in der jeweiligen Gemeinde über keine Basisgruppe verfügt und nicht zu Wahlen antritt.

Da Kommunalpolitik zudem stark durch den jeweiligen gesetzlichen Rahmen der herrschenden Landespolitik eingeschränkt wird und die Aufgaben der Gemeinderäte vorrangig von administrativer, weisungsgebundener Natur sind, können größere politische Gestaltungsspielräume nur schwer erschlossen werden.³¹ Die primären Aufgaben von Kommunalvertretungen erstrecken sich darüber hinaus auf Themengebiete – wie Gewerbeförderung und Infrastrukturpolitik –, in denen die parteipolitische Kontroverse einem weitgehenden Konsens über Parteigrenzen hinweg weicht.³² Die

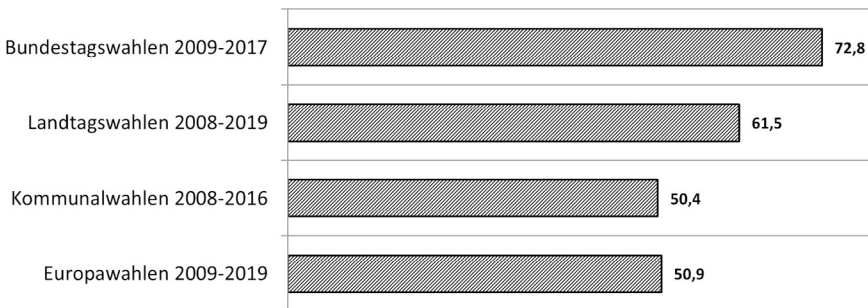
31 Vgl. Kost/Wehling 2010, S. 8–18.

32 Vgl. Püttner 2007, S. 386; Holtkamp 2008; Holtkamp 2017.

programmatische Abgrenzung, das Finden exklusiver Standpunkte, ist folglich für Parteien auf Kommunalebene deutlich schwerer, sodass ihre Wahrnehmung und die Kommunikation mit Bürgern primär durch die Nähe zu Personen, d.h. die Greifbarkeit von Lokalpolitikern, erfolgen.³³ In der Folge wird der mögliche Beitritt, der nicht zuletzt mit einem Bekenntnis zum bundesweiten Parteiprogramm einhergeht, weit weniger durch Kommunalwahlen gefördert.

Unter den Wahlen haben jene auf europäischer Ebene den geringsten Rekrutierungseffekt für DIE LINKE. Erklärungsansätze liefern einerseits die Annahme der vermeintlichen Bedeutungslosigkeit des Europäischen Parlaments, das etwa keine europäische Regierung bildet und den Kurs der EU-Politik im Gegensatz zur starken Europäischen Kommission nicht wesentlich beeinflusst, sowie andererseits ein fehlendes Politikverständnis bezüglich der europäischen Ebene innerhalb der Bevölkerung.³⁴ Darüber hinaus stellt DIE LINKE innerhalb der Partei der Europäischen Linken (EL) und der zugehörigen europäischen Fraktion – The Left Group in the European Parliament – GUE/NGL – nur eine Teilmenge dar. Wegweisende programmatische und personelle Entscheidungen werden in Abstimmung mit nationalen Parteien des linken Spektrums anderer Länder getroffen, wodurch die Bedeutung bzw. der Einfluss jeder einzelnen Partei als Mitglied eines internationalen Zusammenschlusses sinkt.

Abbildung 46: Durchschnittliche Wahlbeteiligungen nach Politikebene. Ausgewählte Zeiträume



Daten Bundes- und Europawahlen: Bundeswahlleiter 2022; Daten Landtagswahlen: wahlrecht.de 2022; Daten Kommunalwahlen (ohne Bürgermeisterwahlen): Vetter/Haug 2019

Eigene Darstellung

Schlüssig scheint in der Gesamtschau von politischen Wahlen als Beitrittsimpulse schließlich die Betrachtung der Relevanz der jeweiligen Wahl in der Gesellschaft. Wird hierzu die durchschnittliche Wahlbeteiligung als Indikator herangezogen (Abb. 46³⁵), ergibt sich eine ähnliche Rangfolge wie jene in Abbildung 45. Demnach ist zu vermuten,

33 Vgl. Andersen 1998, S. 17.

34 Vgl. Müller 2020, S. 1; Seeger/Kreiling 2008, S. 2f.; Costa 2009.

35 Daten für Bundes- und Europawahlen: Bundeswahlleiter 2022; Daten für Landtagswahlen: wahlrecht.de 2022; Daten für Kommunalwahlen (ohne Bürgermeisterwahlen): Vetter/Haug 2019, S. 7.

dass eine höhere Wählermobilisierung gleichzeitig ein größeres Rekrutierungspotenzial für neue Parteimitglieder bedeutet. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder, die eine Wahl als ihren persönlichen Beitrittsimpuls nennen, bezieht sich auf Bundes- und Landtagswahlen (höhere Wahlbeteiligung). Nur ein geringer Teil gibt hingegen Nebenwahlen³⁶ (geringere Wahlbeteiligung), d.h. Kommunal- und Europawahlen als Initialereignis an.

c) Unzufriedenheit und Protest

»Als früherer SPD-Wähler war die Politik von Rot-Grün gegenüber der Bevölkerungsmehrheit katastrophal. Hier wurden nur die Reichen bedient und noch reicher gemacht!«

»Überbordender Neoliberalismus, Verlust von Gemeinnützigkeit und Solidarität der Bürger untereinander, Kapitulation der etablierten Parteien gegenüber den Kapitalinteressen«

»Mehrere [Impulse] in der Entwicklung der gesellschaftspolitischen Situation, Ungerechtigkeit, Bedrohung durch Krieg, Lobbypartei in der Regierung, Übergehen des Bürgerwillens, zunehmende Verarmung und Verrohung.«

»Ich habe die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Südamerika hautnah erleben können. Durch diese Erfahrung sind mir die auch in Deutschland herrschenden Ungleichheiten stärker aufgefallen und ich wollte mich für eine fairere Gesellschaft einsetzen.«

»Weil die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, was mir große Sorgen bereitet.«³⁷

Dass Oppositionsparteien erwartungsgemäß neue Mitglieder durch deren Unzufriedenheit und Protest gegenüber der herrschenden Politik gewinnen können, scheint trivial. Im Fall der LINKEN begründet dieses Cluster einen erheblichen Teil der Beitrittsimpulse. Bei den Eintritten ab 2014 drittichtigster, bei den Eintritten vor 2014 sogar zweitichtigster Eintrittsgrund, kann der Impuls maßgeblich in zwei Schlüsselkategorien unterteilt werden: Unzufriedenheit und Protest gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen auf der einen sowie gegenüber konkreten Parteien auf der anderen Seite (Abb. 47). Die Relation zwischen den beiden untergeordneten Clustern befindet sich annähernd in Waage, lediglich bei der Analysegruppe der Neumitglieder ab 2014 überwiegt der Protest gegenüber anderen Parteien leicht.

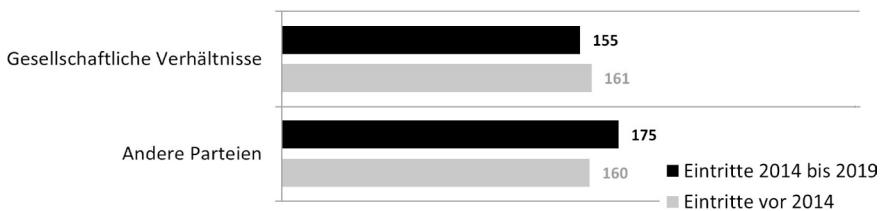
Die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen beinhaltet die mitunter umfangreichsten Freitextantworten der gesamten Befragung und variiert stark zwischen eher abstrakten Darstellungen und dem konkreten Protest gegenüber den Folgen von bestimmten Politikgehalten. So wird unspezifisch Grundsatzkritik am Kapitalismus

36 Zum Begriff der Nebenwahlen: Faas/Hohmann 2015, S. 4; Reif/Schmitt 1980.

37 Exemplarische Beispiele aus den Freitextantworten der Mitgliederbefragung 2019.

sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext geübt, wobei die wachsende Ungleichverteilung von Vermögen (»Schere zwischen Arm und Reich«) den Grundtenor dominiert. Weiterhin werden herrschende Machtverhältnisse von den Befragten beider Gruppen angesprochen und kritisiert, etwa in Form einer wahrgenommenen Politik- und Wirtschaftselite. Diese schließt die Mehrheit der Menschen von demokratischen Entscheidungsprozessen aus (»Politik im Hinterzimmer«).

Abbildung 47: Unzufriedenheit und Protest – Schlüsselimpulse (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Nicht zuletzt schwankt das Antwortverhalten auf der einen Seite stark zwischen eher holzschnittartig angesprochenen globalen und nationalen Problemlagen (»weltweite Hungersnöte und Armut«, »Arbeitszustände in Entwicklungsländern«, »Vermögensverteilung in Deutschland«, Schwarz-Weiß-Denken im Sinne der Cleavagetheorie (Arbeit versus Kapital, vgl. Abschnitt 3.1.1) und Freund-Feind-Stigmata, etwa durch die Darstellung einer als schlecht oder böse wahrgenommenen privilegierten Minderheit (Eliten), die in einem fast schon cineastisch anmutenden Gut-gegen-Böse-Konflikt eine große Mehrheit der Weltbevölkerung unterdrückt. Letztgenanntes trifft ebenso auf die Deutung von militärischen Auseinandersetzungen zu, bei denen insbesondere den Vereinigten Staaten, Deutschland und der NATO in nahezu allen Fällen eine böswillig-kriegerische Haltung im Sinne eigener Machtinteressen bescheinigt wird. Darüber hinaus schildern weitere Befragte ihre persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen durchaus fundiert und detailreich, etwa dann, wenn sie von eigenen Auslandsreisen oder schlechten Arbeitsbedingungen in einem bestimmten Unternehmen berichten.

DIE LINKE wird im Zusammenhang mit dieser Form der Unzufriedenheit mit einer treibenden Kraft für den fundamentalen, teils systemischen Bruch mit den – als ungerecht empfundenen – wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen assoziiert; als eine Partei, die sich grundsätzlich durch tiefgreifende Kapitalismuskritik und weitgehende inhaltliche Forderungen (»Vermögenssteuer«, »Bedingungsloses Grundeinkommen«, »konsequente Verstaatlichung von Gesundheits- und Bildungswesen«, »Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr«) vom restlichen politischen Spektrum positiv abhebt.

Neben der Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen beschreibt die zweite Hälfte des Clusters in beiden Analysegruppen, wie der Protest gegenüber anderen Parteien sie zu einer Mitgliedschaft in der LINKEN bewogen hat. Das Antwortver-

halten ist dabei zunächst stark vom jeweiligen Eintrittsjahr und der Zusammensetzung der Bundesregierung abhängig, denn fast immer richtet sich der Unmut gegen Regierungsparteien. So traten in den Jahren 1998 bis 2005 zahlreiche neue Mitglieder aus Unzufriedenheit mit der SPD und den Grünen (Kabinett Schröder I und II), insbesondere gegenüber der rot-grünen Außenpolitik in die PDS ein. Die Folgejahre sind hingegen maßgeblich geprägt von Frustration über die Politik der Großen Koalitionen (Kabinett Merkel I, III und IV), wobei von den LINKEN-Mitgliedern überwiegend Kritik an der deutschen Sozialdemokratie geübt wird, die ihrer Meinung nach zu viele Kompromisse und negative Politikentscheidungen durch die lange Zusammenarbeit mit den Unionsfraktionen mitgetragen hat und sich durch die Regierungsverantwortung zu weit in die politische Mitte bewegt habe.

Die Jahre der schwarz-gelben Koalition von 2009 bis 2013 (Kabinett Merkel II) stellten nicht nur in der bundesdeutschen Geschichte eine Zäsur – erstmals seit elf Jahren befand sich die FDP wieder in Regierungsverantwortung auf Bundesebene – dar, sondern auch für Neumitglieder der LINKEN: Anhand der Studienergebnisse ist ein deutlicher Rückgang der Beitritte aufgrund von Protest gegenüber anderen Parteien erkennbar. Erst nach den Koalitionsverhandlungen im Zuge der Bundestagswahl 2013, bei denen mancher Befragte die Bildung einer Großen Koalition trotz rot-rot-grüner Mehrheit monierte, kann ein erneutes Aufblühen des Impulses beobachtet werden. Dieser Befund ist neben der ohnehin deutlich überwiegenden Zahl der Nennungen von SPD und Grünen im Kontext mit Unzufriedenheit ein starkes Indiz dafür, dass sich Protestbeitritt linker Neumitglieder vorrangig auf andere Parteien des nahen linken Spektrums bezieht und nur in sehr wenigen Fällen auf die Politik von CDU/CSU oder FDP. Die Antworten der Befragten unterstreichen umfassend eine enttäuschte Erwartungshaltung gegenüber den Sozialdemokraten, sei es aufgrund einer Vielzahl inhaltlicher Entscheidungen (Ablehnung einer Koalition mit der LINKEN, Agenda 2010) oder infolge der bloßen Koalitionsentscheidung für eine gemeinsame Regierung mit der Union. Dabei korrespondiert die grundlegend SPD-kritische Haltung der Mitglieder in diesem Cluster mit den Ergebnissen des Beitritts aufgrund gesellschaftlicher Impulsereignisse: Bereits hier begründeten mit der Agenda 2010 und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Kosovo und Afghanistan Politikentscheidungen unter sozialdemokratischen Einfluss Schlüsselimpulse für den Beitritt in DIE LINKE.

Befragte, die innerhalb des Clusters Bezug auf DIE LINKE selbst nehmen, beschreiben die Partei als linke Alternative zu einer ihrer Meinung nach zu gemäßigten Sozialdemokratie unter dem Einfluss des Seeheimer Kreises, des konservativen Flügels der SPD, dem über den kompletten Untersuchungszeitraum zahlreiche parteiprägende Persönlichkeiten angehörten. Besondere innerparteiliche Stärke erlangte der Seeheimer Kreis nach der verlorenen Bundestagswahl 2009, bei dem die SPD mit der Rückbesinnung auf die soziale Gerechtigkeit als Angriffslinie³⁸ innerhalb einer überwiegend linken Wahlkampfstrategie scheiterte: Sigmar Gabriel (SPD-Bundesvorsitzender 2009–2017), Thomas Oppermann (Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion 2013–2017), Lars Klingbeil (SPD-Generalsekretär 2017–2021) sowie die beiden Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück (2013) und Martin Schulz (2017) gehören dabei zu den prominentesten Beispielen für den

38 Vgl. Alemann/Spier 2011, S. 63f.

Einflussgewinn der »Seeheimer« nach 2009. Es erscheint schlüssig, dass sich DIE LINKE während der SPD-Regierungsbeteiligungen als eine Art Auffangstation für enttäuschte SPD-Anhänger aus dem linken Flügel der Partei etablieren konnte.

Neben der konkreten Ablehnung der SPD in den 2000er und 2010er Jahren stellt sich in den Antworten der Befragten zuletzt das Narrativ einer Sonderstellung der LINKEN im deutschen Parteiensystem heraus. Indem häufig alle anderen Parteien im Bundestag aus Sicht der Mitglieder in diesem Cluster in negativer Konnotation als »neoliberal« bezeichnet werden, wird die Logik begründet, dass DIE LINKE als einzige Partei für einen tiefgreifenden Wandel im Wirtschaftssystem oder gar eine andere Gesellschaft einstehe.

d) Spitzenpolitiker

»Eine Rede von Gregor Gysi, die ich mit zwölf Jahren hörte und mich mit 16 dazu bewog, einzutreten.«

»Ich habe eine beeindruckende Rede von Sahra Wagenknecht gehört, die mich derart überzeugt hat, dass ich mich noch an dem Abend dazu entschlossen habe, der Partei beizutreten.«

»War ich sehr von Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi beeindruckt und die beiden (vor allem Sahra) haben mein Interesse an den Linken geweckt.«

»Wagenknechts Aussage ›Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt‹. Absolutes No-Go!«

»Der öffentliche Führungsstreit zwischen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht hat mich bewogen, durch meinen Beitritt indirekt Katja Kipping zu unterstützen, da mir ihre Vorstellungen mehr zusagen.«

»Der Zusammenschluss der vielen linken Splittergruppen und der PDS und linken Sozialdemokraten zu einer Partei mit Gysi und Lafontaine – das war überzeugend.«

»Mich beeindruckte Katja Kipping bei der Elefantenrunde. Außerdem halte ich Bodo Ramelow für einen tollen Ministerpräsidenten.«³⁹

Obwohl die Rolle von Spitzenpolitikern bei der Untersuchung von Motivkomplexen einen untergeordneten Stellenwert besitzt, markieren sie für die Beitrittsimpulse ein entscheidendes Cluster für Neueintritte. Obwohl beeindruckende Persönlichkeiten an der Parteispitze daher kaum einen direkten Anreiz für den Beitritt darstellen, so sind ihre öffentlichen Auftritte, Publikationen und mediale Präsenz dennoch letztlich wichtige Initialfaktoren für das Ausfüllen des Aufnahmeantrags.

Die Eintritte zwischen 2014 und 2019 (Abb. 48) nennen keine andere LINKEN-Politikerin so oft wie Sahra Wagenknecht, die Ende 2023 die Partei aus politischen Gründen verließ⁴⁰. In den Untersuchungszeitraum fällt durch ihren Vorsitz in der Bundestags-

39 Exemplarische Beispiele aus den Freitextantworten der Mitgliederbefragung 2019.

40 Siehe hierzu Kapitel 8.

fraktion – gemeinsam mit Dietmar Bartsch – zwischen 2015 und 2019 sowie unzählige mediale Auftritte in Talkshows, Zeitungen und bei öffentlichen Veranstaltungen ein Höhepunkt ihrer politischen Karriere. Auch Wagenknechts publizistisches Wirken war in dieser Zeit durch Verkaufserfolge geprägt: Sachbücher wie »Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten« (2016) oder »Couragiert gegen den Strom. Über Goethe, die Macht und die Zukunft« (2017) fanden als Spiegel-Bestseller großen Anklang in der öffentlichen Wahrnehmung. Neben ihrer starken innerparteilichen Stellung wusste Wagenknecht darüber hinaus zu polarisieren: Bereits in den 1990er und 2000er Jahren gehörte sie als Vertreterin des linken Flügels dem Parteivorstand der PDS an und war nicht zuletzt durch ihre Mitgliedschaft in der »Kommunistischen Plattform«, einem orthodox-kommunistischen innerparteilichen Zusammenschluss, in der Parteiöffentlichkeit und darüber hinaus bekannt. Sie lehnte im Zuge der Fusion von WASG und LINKEN nicht nur die Umbenennung der PDS ab, sondern stimmte auch schon 2005 im Parteivorstand gegen ein gemeinsames Linksbündnis.⁴¹ Im Untersuchungszeitraum 2014 bis 2019 löste sie zudem während der großen Flüchtlingsströme aus dem arabischen und afrikanischen Raum, besonders nach den sexuellen Übergriffen seitens größerer Gruppen von Migranten in der Kölner Silvesternacht 2015, durch zunehmend asylkritische Aussagen innerparteiliche Kontroversen aus⁴² und sorgte mit der Gründung der linken Sammlungsbewegung »Aufstehen«⁴³ für weitere kritische Stimmen innerhalb ihrer eigenen Partei.

Im Hinblick auf das Antwortverhalten der Befragten wird deutlich, dass nicht alle Neumitglieder, die Sahra Wagenknecht als ihren persönlichen Impuls angeben, eine positive Haltung gegenüber ihrer Politik besitzen. Zwar sind die Einzelantworten mehrheitlich ebenso von inhaltlichem Zuspruch wie von der Bewunderung ihrer rhetorischen und analytischen Fertigkeiten geprägt, dennoch enthalten sie in Teilen Ablehnung. So steht etwa ein Fünftel derer, die aufgrund von Wagenknecht der LINKEN beigetreten sind, ihren Aussagen kritisch gegenüber und betont – dem Motivkomplex der ideologischen Anreize in seiner Kernaussage folgend – mit ihrem Eintritt ein innerparteiliches Gegengewicht zu ihr schaffen zu wollen. Sahra Wagenknechts Popularität, die hinsichtlich der Neueintritte 2014 bis 2019 gar die von Gregor Gysi weit übersteigt, fußt daher auf einer leichten Ambivalenz zwischen einer Mehrheit von Befürwortern und einer Minderheit von Gegnern, die in ihr einen Beitrittsimpuls sahen – ein Umstand, der im Vergleich zu allen anderen Spitzenpolitikern im Rahmen der Studie einzigartig ist. Dieses Spannungsverhältnis hatte sich zudem wohl in den Folgejahren durch Wagenknechts Kritik am Linkliberalismus in ihrem Buch »Die Selbstgerechten« (2021)⁴⁴ sowie ihren kontroversen, nicht im innerparteilichen Konsens stehenden Aussagen während der Coronapandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022⁴⁵ offenkundig weiter zugespitzt.

41 Vgl. SPIEGEL Online 2005; Beikler 2005.

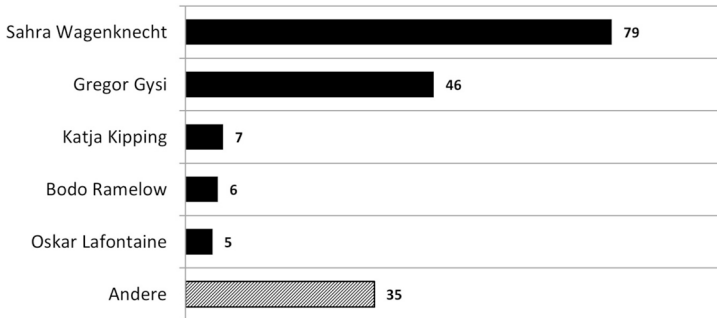
42 Vgl. Hagen 2016.

43 Vgl. Rucht 2018; Rucht 2019.

44 Vgl. Hilsberg et al. 2022, S. 291–302.

45 Vgl. Rummel/MDR exakt 2022.

Abbildung 48: Spitzenpolitiker – Schlüsselimpulse bei den Eintritten 2014 bis 2019 (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Nach Sahra Wagenknecht stellt der langjährige Parteifunktionär Gregor Gysi einen weiteren Kernimpuls dar. Als konstante Schlüsselfigur der LINKEN prägte Gysi bereits ab dem Zusammenbruch der DDR 1989 die Geschicke der Partei im Vorstand und war zwischen 2005 und 2015 Vorsitzender der Bundestagsfraktion, die er ab 2020 noch als außenpolitischer Sprecher vertrat. Zudem fungierte er zwischen 2016 und 2019 als Präsident der Europäischen Linken. Neben seinem politischen Wirken veröffentlichte Gysi darüber hinaus zahlreiche Sachbücher und ist in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem durch seine Medienpräsenz bekannt, was nicht zuletzt seine zahlreichen Auftritte in Talkshows sowie die Verleihung des Publikums- und Medienpreises »Goldene Henne« (Ehrenpreis Politik, 2018) belegen. Sowohl sein wegweisendes innerparteiliches Engagement als auch die Popularität über die Grenzen der eigenen Partei hinaus machen Gregor Gysi zu einem wenig überraschenden Schlüsselimpuls: Befragte innerhalb des Clusters äußern sich durchweg positiv zu seiner Person und betonen vor allem seine rhetorischen Fertigkeiten und die Überzeugungskraft in Redebeiträgen.

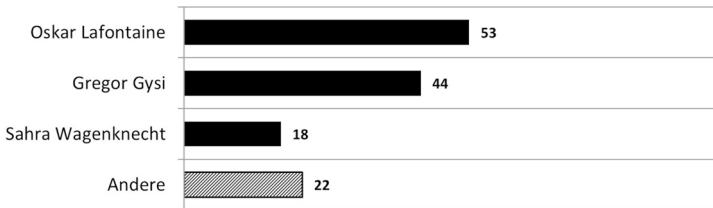
Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi bleiben die einzigen Spitzenpolitiker der LINKEN, die in nennenswerter Zahl bei den Neueintritten zwischen 2014 und 2019 Erwähnung finden. Weitere bekannte Parteipersonlichkeiten werden lediglich sporadisch, oft nur im zweiten Atemzug nach Wagenknecht und Gysi genannt: Katja Kipping (Partei-vorsitzende 2012 bis 2021), Bodo Ramelow (thüringischer Ministerpräsident seit 2014), Oskar Lafontaine sowie verschiedene Mitglieder des Bundesparteiorgans und Abgeordnete des Bundestags und der Länderparlamente.

Die Analyse der Beitritte vor 2014 (Abb. 49) zeigt zunächst die konstante Popularität Gregor Gysis und Sahra Wagenknechts, die bereits vor dem primären Untersuchungszeitraum der Studie bestand – obgleich letztgenannte den bereits erläuterten Höhepunkt ihres politischen Wirkens bislang nicht erreicht hatte.

Als weitere Schlüsselfigur findet unter den Befragten jedoch der unmittelbar vor den Wahlen zum saarländischen Landtag 2022 aus der Partei ausgetretene Oskar Lafontaine die meisten Erwähnungen. Als ehemaliger Spitzenpolitiker der SPD, Ministerpräsident des Saarlandes zwischen 1985 und 1998 und Bundesfinanzminister im Kabinett Schröder I bis 1999 war er bereits vor der Parteigründung der LINKEN ein zentraler Akteur

auf der deutschen politischen Bühne. Nach inhaltlichen und personellen Zerwürfnissen verließ Lafontaine 2005 die SPD und unterstützte und forcierte fortan als Mitglied der WASG und PDS ein gemeinsames Bündnis beider Parteien. 2007 wurde er zusammen mit Lothar Bisky zum ersten Vorsitzenden der neu gegründeten LINKEN gewählt.

Abbildung 49: Spitzenpolitiker – Schlüsselimpulse bei den Eintritten vor 2014 (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

Befragte, die Oskar Lafontaine als ihren Beitrittsimpuls angeben, nehmen – anders als bei Gysi und Wagenknecht – mehrheitlich keinen Bezug auf persönliche Eigenschaften. Statt Wortgewandtheit in politischen Reden oder publizistische Erfolge verbinden sie mit der Person Lafontaines hingegen maßgeblich die Fusion von PDS und WASG sowie sein Wirken als Parteivorsitzender in den ersten Jahren nach dem vollendeten Gründungsprozess, das fortlaufend positiv kommentiert wird. In den 2000er Jahren noch impulsgebender Faktor für Parteibeitritte verlor der aus gesundheitlichen Gründen von seinen Parteiämtern und Bundestagsmandat zurückgezogene Lafontaine, im Gegensatz zu Gysi und Wagenknecht, in den 2010er Jahren deutlich an Strahlkraft für Neumitglieder. Sein Engagement beschränkte sich nach seiner Rückkehr in die Politik hauptsächlich auf den Fraktionsvorsitz im Saarland.

Während insbesondere Parteien in Regierungsverantwortung, etwa durch Bundeskanzler⁴⁶, Minister und Ministerpräsidenten in den Ländern, im Rahmen des Spitzenpolitiker-Beitrittsimpulses auf eine große Bandbreite an prominentem Personal zurückgreifen können, entstehen für DIE LINKE – gestützt durch die Daten aus der vorliegenden Studie – überaus weitreichende Herausforderungen. Bereits in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 stellte der Beitritt aufgrund von einschlägigen Parteipersonlichkeiten das fünftwichtigste Impulscluster über alle untersuchten Parteien dar.⁴⁷ Dass Spitzenpolitiker in der Mitgliederbefragung 2019 gar den vierten Platz der Rangliste belegen, unterstreicht die hohe Relevanz des Impulses bei der Neumitgliederengewinnung für DIE LINKE zusätzlich. Es wundert folglich nicht, wenn Bezüge zu Spitzenpolitikern vermehrt Einzug in die Rekrutierungsstrategien von Parteien finden, etwa in Form von basisdemokratischen Urabstimmungen zu Kandidaten für Vorstandsämter und Mandate.⁴⁸ Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass hierfür zunächst die Existenz

46 Vgl. Laux 2011a, S. 75.

47 Vgl. ebenda, S. 73.

48 Vgl. Michels 2019, S. 57f.

von populärem Spitzenpersonal gegeben sein muss, um eine katalysierende Wirkung für Neueintritte zu entfalten. Demgegenüber steht in der LINKEN ein Mangel von Personen mit hohem Mobilisierungspotenzial, denn in ihrer jüngeren Geschichte profitierte die Partei von lediglich drei Personen:

- Oskar Lafontaine, der lediglich in den ausgehenden 2000er Jahren bei Neumitgliedern bundesweit populär war und die Partei inzwischen verlassen hat.
- Sahra Wagenknecht, inzwischen ebenfalls ausgetreten, die nicht zuletzt durch ihre Äußerungen während der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie sowie nach dem russischen Überfall auf die Ukraine innerparteilich immer wieder für Kontroversen sorgte und von großen Teilen der Mitgliedschaft kritisch bewertet wurde, was nicht zuletzt Gesuche – auch auf Initiative prominenter LINKEN-Vertreter – zu einem möglichen Partei-⁴⁹ oder Fraktionsausschluss⁵⁰ belegen. In Bezug auf Eintritte und Austritte forcierte sie folglich ein ambivalentes Verhältnis zwischen Neueintritten ihrer Unterstützer und Austritten zahlreicher Gegner u.a. des Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider, aufgrund eines Wagenknecht-Redebeitrags im Bundestag 2022.⁵¹
- Gregor Gysi, der zwar bis heute bei Neumitgliedern Popularität genießt, jedoch mittlerweile als 78-Jähriger keine Spitzenämter in der Partei bekleidet.

DIE LINKE hat es trotz mehrfachen Personalwechsels an der Parteispitze auch unmittelbar nach dem Austritt Wagenknechts nicht geschafft, weitere herausragende Aushängeschilder einerseits innerparteilich und andererseits in der breiten Öffentlichkeit zu etablieren. Möchte sie daher zukünftig aus diesem tragenden Beitrittsimpuls einen Nutzen für die Mitgliedererwerbung ziehen, wird die diffizile Auseinandersetzung mit eigenen Spitzenpolitikern sowie deren Potenzialen und öffentlicher Wahrnehmung entscheidend sein. Ob es ihr gelingt, mit neuen Personalien und wider elektoraler Schwächen und innerparteilichen Grabenkämpfen einen neuen Gysi- oder Wagenknecht-Effekt zu schaffen, ist hierbei eine Kernfrage.

e) Politikfelder

»Konsequente Friedenspolitik der Partei DIE LINKE (Ablehnung von Rüstungsexporten«

»Gleichberechtigung, Frieden, soziale Gerechtigkeit wird nur in dieser Partei konsequent verfolgt.«

»Die fehlende Klimapolitik bewegte mich zum Eintritt.«

»Missstände im Bildungssystem beim Thema Inklusion.«⁵²

49 Vgl. Lehmann 2022.

50 Vgl. Nagel et al. 2022.

51 Vgl. Tagesspiegel Online 2022; MDR 2022.

52 Exemplarische Beispiele aus den Freitextantworten der Mitgliederbefragung 2019.

Parteien, die ihre Kompetenzen in einem bestimmten Politikfeld etablieren und profilieren, können hiervon ausgehend möglicherweise Mobilisierungseffekte in der Neumitgliedergewinnung schaffen.⁵³

Politikfelder können in der Rangliste der Beitrittsimpulse an fünfter Stelle der Neueintritte zwischen 2014 und 2019 verortet werden, wobei ihre Bedeutung bei dieser Untersuchungsgruppe im Vergleich zu den Eintritten vor 2014, bei denen sich dieses Cluster lediglich auf dem neunten Rang befindet, zugenommen hat. Befragte, die bestimmte Politikfelder angegeben haben, stützen grundlegende Programmschwerpunkte der LINKEN und spiegeln in erster Linie das sozial- und friedenspolitische Profil im Selbstverständnis der Partei wider (Abb. 50).

Während sich die Relevanz der beiden Hauptfelder Sozialpolitik und Arbeit sowie Außenpolitik und Frieden bei den Eintritten zwischen 2014 und 2019 zugunsten einer höheren Bedeutung von ersterem abbildet, besteht bei den Eintritten vor 2014 ein Gleichgewicht. Obgleich die Freitextantworten derer mit einem Politikfeld als Beitrittsimpuls vergleichsweise kurz ausfallen, erlauben sie dennoch stellenweise präzisere Rückschlüsse auf die jeweiligen Mitglieder. So wird etwa der Beitritt aufgrund sozialpolitischer Schwerpunkte in vielen Fällen mit dem eher abstrakten Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit oder einem faireren Arbeitsmarkt verknüpft, wodurch eine Parallele zur Konfliktlinie Arbeit versus Kapitel innerhalb der Cleavagetheorie eröffnet wird. Der Beitritt aufgrund von Außenpolitik kennzeichnet sich hingegen vor allem durch den Schulterschluss mit deutlich konkreteren programmatischen Eckpunkten der Partei, etwa durch die Verbotsforderung von Rüstungsexporten oder die generelle Ablehnung von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. Auch wird die Selbstwahrnehmung der LINKEN als Friedenspartei durch die Befragten innerhalb des Clusters bestätigt.

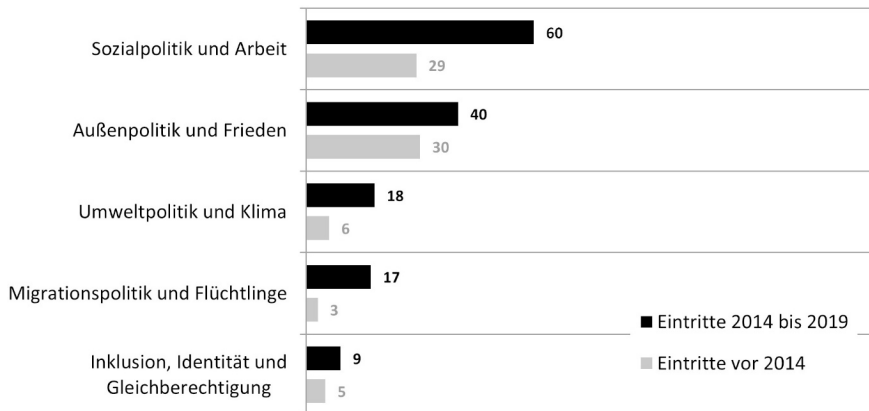
Als weitere Schlüsselimpulse der Eintritte zwischen 2014 und 2019 können zudem einerseits Umwelt- und Klimapolitik sowie Migrationspolitik ausgemacht werden. Dabei handelt es sich offenkundig um aktuellere Trends, da die Zahl der Nennung bei den vor 2014 eingetretenen Mitgliedern sichtbar gering ist. In wenigen Fällen – und ebenfalls häufiger in der Gruppe der Neumitglieder – werden weiterhin inklusions- oder identitätspolitische Schwerpunkte als ausschlaggebende Faktoren für die persönliche Beitrittsentscheidung genannt, wobei ihre geringe Zahl und die Heterogenität im Antwortverhalten (Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion von Menschen mit Behinderung, Auseinandersetzung mit der geschlechterspezifischen Identität) die Deklaration zum Schlüsselimpuls kaum rechtfertigt.

Auffällig bei allen Befragten in dieser Kategorie ist, dass bei den Beitritten durch Politikfelder oft Mischimpulse, d.h. Freitextantworten, die gleich zwei oder mehreren Impulskategorien zugeordnet werden können, vorliegen. Das Schema folgt hierbei zu meist der gleichen Logik: Durch einen anderen, katalysierenden Impuls – etwa ein gesellschaftliches Ereignis, Unzufriedenheit mit den bestehenden Umständen oder eine persönliche Erfahrung – wird das angehende Neumitglied für ein bestimmtes Politikfeld sensibilisiert und findet durch dieses Interesse zur LINKEN. So führte bei einem Mitglied die als negativ wahrgenommene Sozialpolitik unter Gerhard Schröder zur Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Fragen im Allgemeinen und folglich zum Beitritt

53 Vgl. Laux 2011a, S. 76.

in die PDS. Ein anderes Mitglied nennt wiederum den Afghanistankrieg als Initialereignis und möchte durch seine Mitgliedschaft in der LINKEN vor allem friedenspolitische Bestrebungen stärken. Bei einem dritten Mitglied führten hingegen die Flüchtlingssituation 2015 und der Syrienkrieg zur weiteren Beschäftigung mit Migrations- und Außenpolitik.

Abbildung 50: Politikfelder – Schlüsselimpulse (Mehrfachnennung möglich); absolute Häufigkeiten



Eigene Darstellung

f) Persönliche Lebenssituation, Einflusswunsch, Ideale und soziales Umfeld

»Aus Erfahrungen als Pflegekraft und später als Rechtsanwaltsfachangestellte wurde mir klar, dass schwere Missstände bestehen, die man aber im Alleingang nicht beheben kann.«

»Ich komme aus einer politisch links orientierten Familie«

»Ein Freund, mit dem ich viel diskutiert habe, hat vorgeschlagen, zu einem Stammtisch der LINKEN zu gehen.«

»Nach der Wende wollte ich weiterhin für meine sozialistischen Ideale kämpfen.«

»Ich wollte aktiv Politik mitgestalten, anstatt immer nur über politische Entscheidungen zu meckern.«

»Soziale Ungerechtigkeit, der ich durch meinen Beruf immer wieder begegnet bin.«⁵⁴

54 Exemplarische Beispiele aus den Freitextantworten der Mitgliederbefragung 2019.

Impulse, die in erster Linie durch persönliche Aspekte geprägt sind, nehmen in der Rangliste einen mittleren Block unterhalb der in a) bis e) besprochenen Cluster ein und sind in ihrer Gesamtheit hinsichtlich der Beitrittsrelevanz nicht zu unterschätzen: Mit Anteilen von 16,4 Prozent (Beitritte zwischen 2014 und 2019) und 20,9 Prozent (Beitritte vor 2014) an den insgesamt erhobenen Impulsen nennt ein gewichtiger Teil der Befragten Eintrittsgründe, die sich auf die persönliche Lebenssituation, eigene Ideale, das soziale Umfeld oder den politischen Einflusswunsch beziehen.

Während das Bekenntnis zu eigenen Idealen (»Soziale Gerechtigkeit«) oder der persönliche Einflusswunsch (»Ich wollte aktiv Politik mitgestalten«) bei den jeweiligen Befragten ein recht repetitives und homogenes Antwortmuster aufweisen, sind die Freitexte zur Lebenssituation und dem sozialen Umfeld inhaltlich überaus heterogen: Negative Erfahrungen im Arbeitsverhältnis, Politisierung durch Familie und Freunde sowie Berührungspunkte mit Krankheiten und anderen Zäsuren im eigenen Lebenslauf sind nur einige Färbungen, die das variationsreiche Antwortverhalten in Nuancen erahnen lassen. Wie individuell und unterschiedlich Beitrittsimpulse ausgeprägt sein können, belegen etwa Impulse durch das soziale Umfeld anhand einiger Beispiele: So entschied sich ein Befragter durch die Politisierung in seiner politisch links orientierten Familie für den Eintritt, ein anderer trat hingegen aus Protest gegenüber wiederholten rassistischen Äußerungen seiner Eltern bei. Weitere Studienteilnehmer berichten von politischen Kontroversen im eigenen Freundeskreis, der Wahrung des politischen Erbes von kürzlich verstorbenen Verwandten oder vom Engagement des Nachbarn in einer rechten Bewegung, die sie schlussendlich zu ihrer Beitrittsentscheidung bewogen.

Mit einer Spanne zwischen 3,9 Prozent (soziales Umfeld) und 4,5 Prozent (persönliche Lebenssituation) sind die Anteile der vier Einzelcluster an der Gesamtzahl der Beitrittsimpulse bei den Eintritten zwischen 2014 und 2019 weitgehend durch die gleiche Relevanz gekennzeichnet. Im Kontrast muss bei der Bedeutsamkeit für die Beitritte vor 2014 weiter differenziert werden: Neben der stärkeren Impulskraft durch das soziale Umfeld, maßgeblich bedingt durch Parteitradition in ostdeutschen Familien zu Zeiten der DDR, sind es vor allem eigene persönliche Ideale, die mit 8,6 Prozent im Vergleich zu den Neumitgliedern ab 2014 (4,3 Prozent) einen doppelt hohen Wert erreichen. Die Erklärung dieses Befunds liegt in der Analyse des Antwortverhaltens: Während jüngst beigetretene Mitglieder öfter konkret tagespolitische und medial stark rezipierte Themen sowie Wahlen als Initialereignisse für ihren Beitritt nennen, berufen sich insbesondere ältere, langjährige Mitglieder – deren Beitritt viel länger zurückliegt – häufiger auf eine allgemein und selten näher definierte sozialistische Grundhaltung. Diese bildete sich bei einer Minderheit der Befragten zwar im Rahmen von Mischimpulsen durch gesellschaftliche Ereignisse heraus – etwa, wenn ein bestimmter militärischer Konflikt zur Ausbildung langfristiger persönlicher Ideale von Frieden führte, dennoch bleibt das Antwortverhalten mehrheitlich knapp und schließt auf Einzelimpulse (»Ich war schon immer Sozialist«).

In der Gesamtschau unterstreicht die vergleichsweise geringe Relevanz des sozialen Umfelds bei den Beitrittsimpulsen die ebenso untergeordnete Rolle des normativen Motivkomplexes. Die große Bedeutung des wichtigsten Einzelanreizes – dem Einsatz für sozialistische Ideale (kollektiv-politischer Motivkomplex) – wird jedoch nicht, wie naheliegend zu vermuten, vorrangig durch persönliche Ideale der Neumitglieder als Bei-

trittsimpulse gestützt. Der Wunsch nach Stärkung sozialistischer Ideale in der Politik mag daher den bedeutsamsten Anreiz für den Eintritt in DIE LINKE begründen, ein bestimmter und ebenso wichtiger finaler Eintrittsgrund kann aus ihm jedoch nicht abgeleitet werden.

Nicht zuletzt belegen diese Befunde, dass kausale Rückschlüsse von Beitrittsimpulsen auf Motivkomplexe (und umgekehrt) zwar einerseits nicht ausgeschlossen werden können, jedoch andererseits eine Abhängigkeit auch nicht zwangsläufig vorliegen muss. Beide Faktoren sind für die Erklärung des Beitritts notwendig, beschreiben aber durch ihre jeweiligen Eigendynamiken nicht immer zwei Seiten der gleichen Medaille.

g) Weitere Impulse Über die bereits im Einzelnen thematisierten Impulscluster hinaus bestehen abschließend weitere Beitrittsgründe, die einzeln betrachtet eine vergleichsweise geringe Relevanz besitzen, jedoch in ihrer Gesamtheit in beiden Vergleichsgruppen zwischen 16,1 Prozent (Eintritte zwischen 2014 und 2019) und 17,4 Prozent (Eintritte vor 2014) aller erfassten Impulse abbilden.

Wichtigstes Cluster ist die Unterstützung der Partei bzw. des Programms, welches bei den Eintritten vor 2014 mit 6,8 Prozent aller angegebenen Antworten umfasst, jedoch bei den Neumitgliedern ab 2014 mit nur 4,1 Prozent bereits ein deutlich geringeres Gewicht besitzt. Befragte innerhalb des Clusters beschreiben entweder einen generellen Unterstützungswillen gegenüber der Partei, etwa durch finanzielles Engagement (»DIE LINKE nimmt keine Großspenden an. Mit meinem Beitritt wollte ich die Partei finanziell unterstützen«) und die aktive Teilnahme an der Parteiarbeit (»DIE LINKE war hier in der Region unsichtbar. Das will ich ändern.«) oder bekunden ihre Sympathie für einen bestimmten Schwerpunkt im Parteiprogramm (»DIE LINKE stellt sich als einzige Partei grundsätzlich gegen Waffenexporte«).

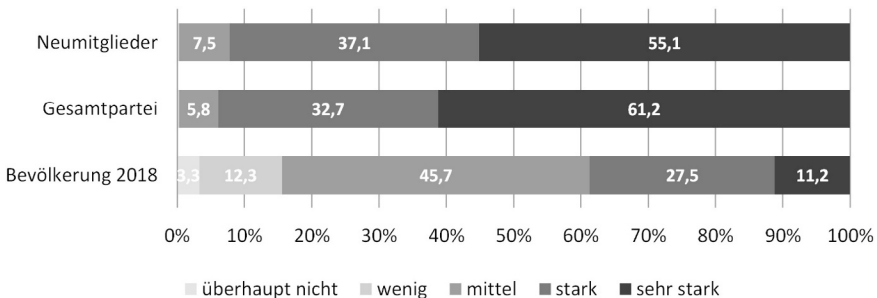
Andere Impulse mit einem Einzelanteil unterhalb von vier Prozent beschreiben den Beitritt als Folge von anderweitigem Engagement, innerhalb dessen Berührungen zur LINKEN stattfanden (Mitgliedschaft in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen sowie dem SDS), aktiver Anwerbung durch Parteimitglieder (etwa im Rahmen der Kandidatensuche für Kommunalwahlen oder durch Gespräche im öffentlichen Raum), medialen Einfluss und Veranstaltungsbesuchen (Beiträge in sozialen Medien, diverse Talkshows und Fernsehsendungen, Bücher, Kabarettprogramme, politische Demonstrationen), unpolitischen Gründen und letztlich staatsbürgerlichem Verantwortungsbewusstsein.

Bemerkenswert hierbei ist, dass klassische Medien und besonders internetbasierte interaktive Plattformen wie Facebook, Twitter und Co. zwar heute stärker denn je ein entscheidender Faktor für Informationsgewinn, Austausch, die Sensibilisierung für gesellschaftliche Themen und Politisierung sein mögen, jedoch keinen gewichtigen Impuls für den Parteibeitritt begründen – zumindest im Fall der LINKEN. Darüber hinaus wird die hohe Relevanz altruistischer Beitrittsanreize – jene, die den Beitritt aus der staatsbürgerlichen Verantwortung heraus erklären – ähnlich der sozialistischen Ideale in f) nicht durch den naheliegenden Impuls gestützt: Mit 0,6 Prozent (Beitritte zwischen 2014 und 2019) und 0,1 Prozent (Beitritte vor 2014) bildet die Bürgerverantwortung als Beitrittsgrund das Schlusslicht in der Rangfolge aller Impulscluster.

6.3 Sozialpsychologischer Ansatz: Die Interessen der Mitglieder

Der bereits in Abschnitt 3.2.2 näher beleuchtete sozialpsychologische Erklärungsansatz beinhaltet die noch verbliebenen Kernuntersuchungen im zweiten Befragungskomplex und finalisiert die Analyse des Parteieintritts. Dabei steht zunächst das allgemeine politische Interesse der Mitglieder im Vordergrund (Abb. 51). Wenig überraschend besteht in beiden Analysegruppen, den Neumitgliedern und der gesamten Partei, ein hohes generelles Interesse an Politik, welches das Niveau innerhalb der Bevölkerung⁵⁵ deutlich übersteigt: Ist der Anteil der Bevölkerung, der sich »stark« oder »sehr stark« für Politik interessiert, bei nur 38,7 Prozent zu verorten, spiegeln die Mitglieder mit 92,2 Prozent (Neumitglieder) und 93,9 Prozent (Gesamtpartei) ungleich größere Anteile von politisch Interessierten wider. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Parteimitglieder, die sich »wenig« oder »überhaupt nicht« für Politik interessieren, in beiden Analysegruppen mit 0,3 Prozent verschwindend gering, während 15,6 Prozent der Bevölkerung in diesem Bereich lokalisiert werden können. Schlussendlich bilden sehr stark interessierte Personen eine deutliche Mehrheit unter den Parteimitgliedern, indes sich die größte Teilgruppe innerhalb der Bevölkerung mit 45,7 Prozent durch ein mittleres Politikinteresse auszeichnet. Die Erkenntnis ist, Hoffmann 2011 bestätigend⁵⁶, so grundlegend wie trivial: Der Parteimitgliedschaft geht im überwiegenden Teil der Fälle ein hohes Interesse an Politik voraus, was auch durch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 am Beispiel der LINKEN belegt werden kann.

Abbildung 51: Allgemeines Politikinteresse



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

Eigene Darstellung

Einen differenzierteren Blick ermöglicht die Betrachtung des Interesses im Kontext der verschiedenen Politikebenen (Abb. 52). Dabei offenbaren sowohl das arithmetische

55 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 103.

56 Vgl. Hoffmann 2011, S. 84.

Mittel⁵⁷ als auch die relativen Größen der einzelnen Gruppen, die im Vergleich von Neumitgliedern und Gesamtpartei nur marginal voneinander abweichen, Erkenntnisse zur Relevanz einzelner Ebenen bei den Parteimitgliedern.

Das größte Interesse bekunden die Befragten demnach mit einem Anteil von 88,7 Prozent (Neumitglieder) bzw. 89,2 Prozent (Gesamtpartei) an stark bis sehr stark interessierten Mitgliedern gegenüber der bundespolitischen Ebene. Nach der Analyse der Beitrittsimpulse verwundert dies nicht, zählten doch bereits nationale gesellschaftliche Ereignisse und Bundestagswahlen zu den besonders häufig genannten Beitrittsgründen. Weiterhin markieren, gemessen an den jeweiligen arithmetischen Mitteln, weltpolitische Themen den zweitwichtigsten Schwerpunkt, Europapolitik den dritt wichtigsten. Erst dann folgen die deutlich regionaleren Ebenen der Landes- und Kommunalpolitik, wobei letztgenannte hinsichtlich ihrer Mittelwerte in beiden Analysegruppen zwar das Schlusslicht der Rangfolge bildet, sich aber dennoch durch einen hohen Anteil von 54,0 Prozent (Neumitglieder) bzw. 60,0 Prozent (Gesamtpartei) an interessierten Mitgliedern auszeichnet.

In der tieferen Analyse wird zunächst offenkundig, dass die Parteimitglieder der LINKEN mehrheitlich gegenüber allen abgefragten Politikebenen ein hohes Interesse angeben. Obgleich Unterschiede in der Gewichtung bestehen, fällt der Anteil der stark und sehr stark interessierten Mitglieder in ihrer Summe bei keiner Ebene unter 54,0 Prozent. Auch die Distanz zwischen Minimum und Maximum, dem höchsten Wert von 4,39 (Neumitglieder/Bundespolitik) und dem kleinsten Wert von 3,57 (Neumitglieder/Kommunalpolitik), signalisiert – mit der maximalen Differenz von lediglich 0,82, innerhalb derer sich folglich auch alle anderen Mittelwerte verorten – ein eng beieinanderliegendes Interessenniveau im Kontext aller Politikebenen.

Bereits die Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 untersuchte das Politikinteresse gegenüber verschiedenen Ebenen und gelangte parteiunabhängig, zumindest bezüglich der dort untersuchten Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu einem ähnlichen Befund.⁵⁸ Dennoch bestehen im Detail wesentliche Unterschiede zu den Ergebnissen der Mitgliederbefragung 2019. So zeichneten sich die befragten Mitglieder in der DP 2009 unabhängig ihrer Partei maßgeblich durch ein sehr hohes kommunalpolitisches Interesse aus, welches jenes an Landes- und Bundespolitik überstieg. Unmittelbare Betroffenheit und der direktere persönliche Nutzen von Kommunalpolitik sowie ein geringerer Aufwand im Zugang zu lokalen Themen seien hierfür wesentliche Gründe.⁵⁹

Mit Bezug auf DIE LINKE kann diese Priorisierung durch die Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden. Gelangte die DP 2009 zu der Erkenntnis, dass das kommunalpolitische Interesse bei Parteimitgliedern besonders hoch ausgeprägt ist, auf Landesebene etwas abflacht und mit Blick auf die Bundesebene wieder leicht steigt⁶⁰,

57 Das arithmetische Mittel in Abbildung 52 wird an dieser Stelle aus der numerischen Kodierung der einzelnen Merkmalsausprägungen berechnet, wobei die Werte 1 (»überhaupt nicht interessiert«) und 5 (»sehr stark interessiert«) die Grenzwerte bilden.

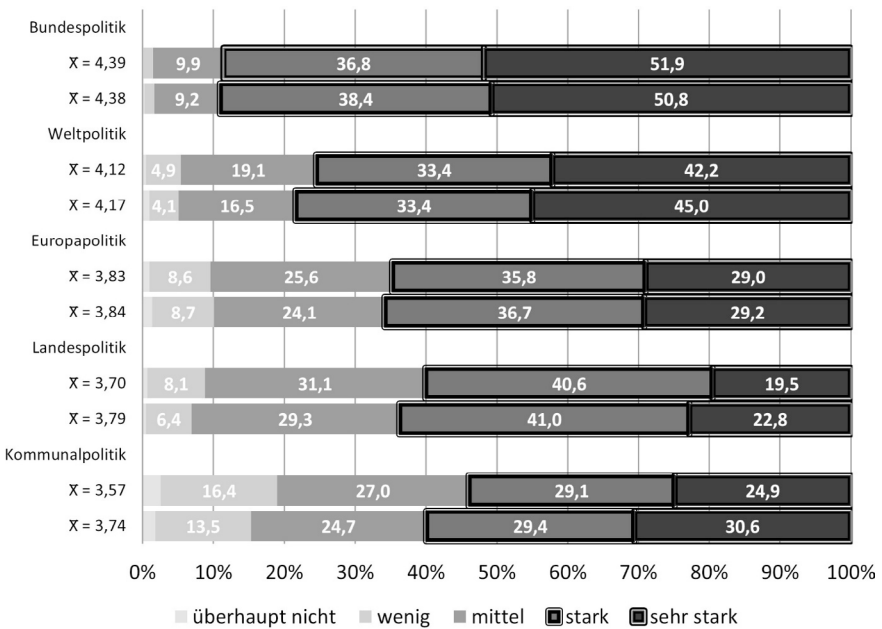
58 Vgl. Hoffmann 2011, S. 85.

59 Vgl. ebenda, S. 86.

60 Vgl. ebenda.

schwindet bei den Teilnehmern der Mitgliederbefragung 2019 mit zunehmender Regionalisierung der Politikebene im nationalen Kontext auch vermehrt das Interesse. Internationale Politikebenen, die bei Spier et al. (2011) im Rahmen der DP 2009 nicht untersucht wurden, erlangen in der Mitgliederbefragung 2019 ebenfalls eine höhere Position, sodass auch welt- und europapolitische Schwerpunkte von einem größeren Interesse der Mitglieder begleitet werden als Landes- und Kommunalpolitik.

Abbildung 52: Politikinteresse nach Politikebenen; relative Häufigkeiten in Prozent und arithmetische Mittel (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



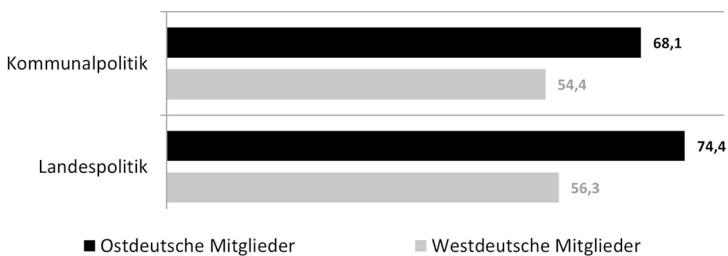
Eigene Darstellung

Warum weichen die Erkenntnisse beider Studien voneinander ab? Einerseits ist das große Interesse an Bundespolitik auch der Bevölkerung inhärent⁶¹, sodass es nur logisch erscheint, wenn sich hierbei auch ein besonderer Schwerpunkt unter Parteimitgliedern herausbildet. Bundespolitische und internationale Themen dominieren regional unabhängig die mediale Berichterstattung sowie den öffentlichen Diskurs, Entscheidungen auf diesen Ebenen besitzen nicht selten eine große Tragweite und durch das Interaktionsprinzip in sozialen Medien wurde der Zugang zu überregionalen Politikschwerpunkten so weit erleichtert, dass sich weite Teile der Bevölkerung – und Parteibasen – heute im Internet unabhängig vom persönlichen Wohnort mit anderen Personen vernetzen, austauschen und ihre Meinung öffentlich artikulieren können. Andererseits handelt

61 Vgl. ebenda.

es sich bei der LINKEN um eine kommunal- und landespolitisch nur mäßig erfolgreiche Partei, deren Mandate in Gemeinderäten und Länderparlamenten sich hauptsächlich auf die ostdeutschen Bundesländer beschränken. Gerade in Westdeutschland entfällt der erleichterte Zugriff der Parteibasis auf kommunal- und landespolitische Themen durch die Abwesenheit von Landtagsfraktionen oder gewachsener Parteiformationen vor Ort. Es ist daher naheliegend, dass sich kommunal- und landespolitisch Interessierte vor allem dort für einen Eintritt in DIE LINKE entscheiden, wo die Partei durch ausgebildete Strukturen und elektorale Erfolgsaussichten verstärkt über Anknüpfungspunkte für potenzielle Neumitglieder verfügt. Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen diese These (Abb. 53): So ist der Anteil der Mitglieder, die sich »stark« oder »sehr stark« für Kommunalpolitik interessieren, in den ostdeutschen Parteiverbänden um 13,7 Prozentpunkte höher als im Westen. Bei der Landespolitik steigt dieser Wert sogar auf 18,1 Prozentpunkte.

Abbildung 53: Interesse an Kommunal- und Landespolitik bei ost- und westdeutschen Parteimitgliedern; relativer Anteil »stark« und »sehr stark« interessierter Parteimitglieder (Gesamtpartei) in Prozent



Eigene Darstellung

Über die verschiedenen Politikebenen hinaus ist weiterhin das Interesse der Mitglieder an Politikfeldern, die die Policy-Dimension anhand der Präferenzen für bestimmte Ressorts und Inhalte messen, für die Untersuchung relevant (Abb. 54).

Für die Interpretation der Ergebnisse müssen verschiedene Faktoren berücksichtigt werden. Einerseits kann die Auswahl einzelner Politikfelder für sozialwissenschaftliche Befragungen nahezu immer kritisiert werden. Welche Politikfelder schlussendlich als eigene Teilbereiche fungieren und analysiert werden können, ist hierbei nicht immer eindeutig, da durch inhaltliche Überschneidungen und Abhängigkeiten zwischen einzelnen Feldern kaum eine starke Trennschärfe hergestellt werden kann: So kann Umweltpolitik zwar einerseits als eigenes Feld betrachtet werden, andererseits aber auch als untergeordnetes Ressort der Wirtschaftspolitik⁶² gelten. Finanzpolitik etwa stellt darüber hinaus das Fundament für den Handlungsspielraum in allen anderen Politikfeldern dar und ist selbst wiederum eng mit der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft

62 Vgl. Haunss/Hofmann 2015, S. 34f.

verknüpft. Andererseits sind sowohl Entstehung als auch Verschwinden von eigenständigen Politikfeldern eng mit dynamischen Prozessen der Politisierung im gesellschaftlichen Diskurs verbunden.⁶³ So entstand erst durch die öffentliche Auseinandersetzung ein besonderes Augenmerk für Umweltpolitik, welche zwar heute unumstritten ein anerkanntes Politikfeld beschreibt, die sich allerdings erst in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik etablierte und konsolidierte. Heute kann wiederum darüber gestritten werden, ob Klimapolitik ein eigenständiges Feld definiert oder lediglich einen Teilbereich der Umweltpolitik beschreibt.

In der Folge erhebt die Mitgliederbefragung 2019 hinsichtlich der abgefragten Politikfelder keinen Anspruch auf Vollständigkeit, obgleich wesentliche Kernressorts durch die Auswahl erfasst wurden. Weiterhin muss die Interessenlage der Mitglieder gewiss im Kontext des Untersuchungszeitraums und des Befragungszeitpunkts bewertet werden: Zwei Drittel der Befragten beschreiben etwa ein starkes Interesse für Migrationspolitik, einem Politikfeld, das insbesondere nach der angespannten Flüchtlingssituation 2015 bis zum Zeitpunkt der Befragung die politische und mediale Agenda als ein Kernthema dominierte und nicht zuletzt bereits in der Analyse der Beitrittsimpulse als tragender Schwerpunkt identifiziert werden konnte. Ob sich dieser Interessenschwerpunkt auch in den Folgejahren auf einem ähnlich hohen Niveau halten konnte, oder ob etwa Ereignisse wie die Corona-Pandemie ab 2020 sowie der russische Überfall auf die Ukraine 2022 zu einer Neuverlagerung der Mitgliederinteressen führte, kann nur vermutet werden.

Unabhängig der Analysegruppe bestätigt das Interesse der Befragten wesentliche Schwerpunkte im inhaltlichen Profil der Partei. So geben über 90 Prozent der Mitglieder an, sich mindestens stark für Sozialpolitik zu interessieren, etwa zwei Drittel beschreiben gar ein sehr starkes Interesse für dieses Feld, wobei es folglich auch die höchsten Mittelwerte⁶⁴ im Kontext aller abgefragten Items erreicht. Schon in der Betrachtung der Beitrittsimpulse stellten sozialpolitische Schwerpunkte die mitunter wichtigsten Eintrittsgründe dar und berührten mit Themen wie der Agenda 2010, weiteren Sozialreformen und der generalisierten Kritik an Einkommens- und Verteilungsverhältnissen Kernfragen der Sozialpolitik, die bei einem beachtlichen Teil der Mitglieder zum Parteibeitritt führten.

Zwischen 70 und leicht über 80 Prozent der Parteimitglieder sind darüber hinaus mindestens stark an Umwelt- und Klimapolitik, Friedenspolitik, Bildungspolitik sowie außenpolitischen Fragen interessiert, womit bereits ein Großteil der programmatischen Kerninhalte der LINKEN durch ein starkes Interesse ihrer Mitglieder untermauert wird.

Das Mittelfeld der abgefragten Items bilden mit einem Anteil etwa 50 bis unter 70 Prozent an »stark« oder »sehr stark« interessierten Mitglieder die Felder der Migrations-, Energie-, Wirtschafts-, Finanz- und Gleichstellungspolitik.

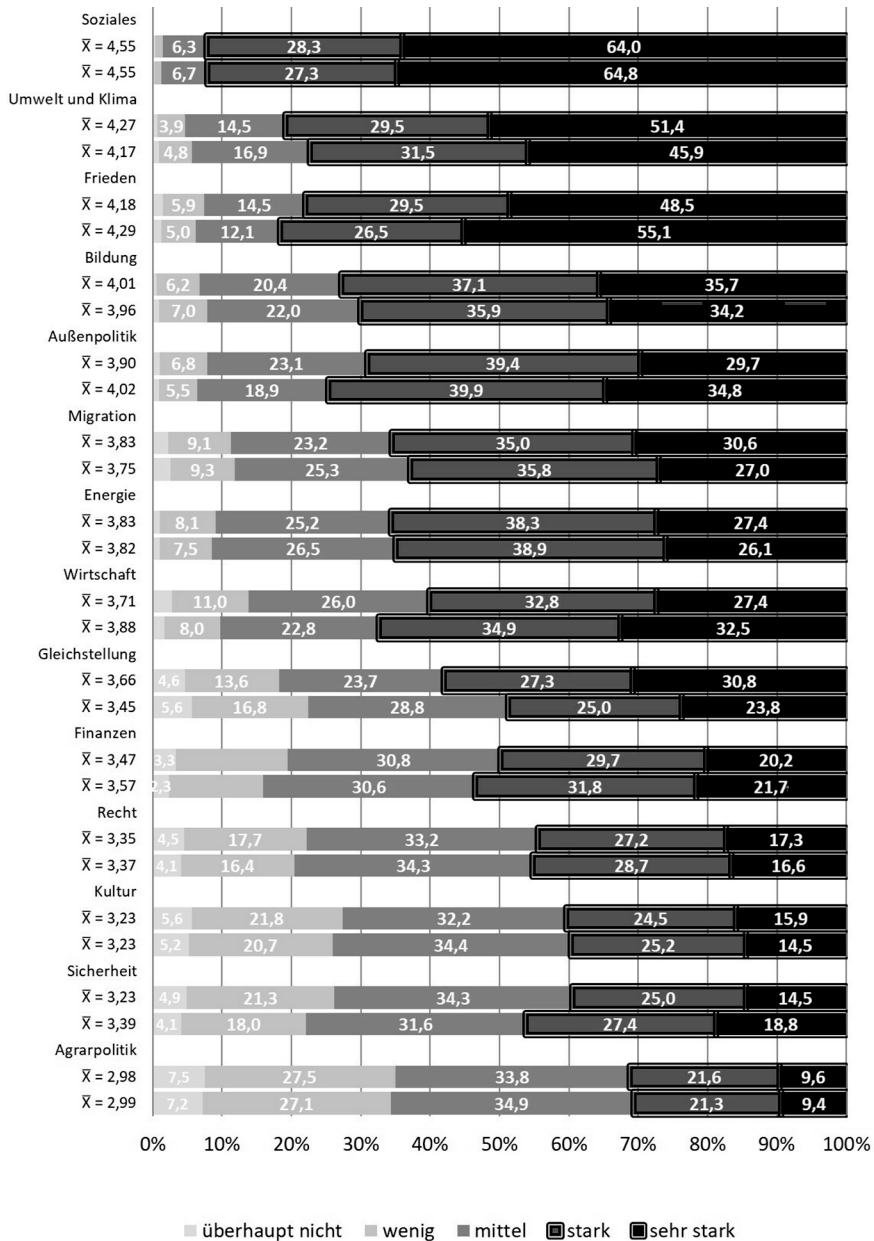
Im unteren Bereich beschreiben hingegen die Felder Rechts-, Kultur-, Sicherheits- und Agrarpolitik die Schlusslichter in der Interessen-Rangfolge der Parteimitglieder.

63 Vgl. ebenda, S. 31f.

64 Das arithmetische Mittel in Abbildung 54 wird an dieser Stelle aus der numerischen Kodierung der einzelnen Merkmalsausprägungen berechnet, wobei die Werte 1 (»überhaupt nicht interessiert«) und 5 (»sehr stark interessiert«) die Grenzwerte bilden.

Der Anteil der mindestens stark Interessierten unterschreitet zwar in keinem Fall 30 Prozent, ist jedoch bei allen genannten Items unterhalb von 50 Prozent zu verorten.

Abbildung 54: Politikinteresse nach Politikfeldern; relative Häufigkeiten in Prozent und arithmetische Mittel (oberer Balken: Neumitglieder, unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Die Gesamtschau der Mitgliederinteressen spiegelt mit einem deutlichen Fokus auf die Kernbereiche Sozial-, Bildungs-, Außen- und Friedenspolitik sowie der Affinität für umweltpolitische Fragen weitreichende Kongruenz mit den Prioritäten im Parteiprogramm der LINKEN wider. Obgleich das Profil beider Analysegruppen keine starken Unterschiede zueinander zeigt, bestehen doch bei den Neumitgliedern zwischen 2014 und 2019 leichte Abweichungen der Interessenschwerpunkte im Vergleich zur gesamten Partei. Hierbei zeichnet sich diese Gruppe durch leicht höheres Interesse in den Bereichen Umwelt und Klima, Migration sowie Gleichstellung einerseits und ein niedrigeres Interesse für Außenpolitik, Frieden, Wirtschaft, Sicherheit und Finanzen andererseits aus. Dies impliziert und unterstreicht zumindest im Ansatz den Trend hin zu einem heterogeneren Themenspektrum im Programm der LINKEN nach der Parteigründung 2007, der sich spätestens seit dem Erfurter Programm von 2011 vollzieht. Stützte sich die PDS programmatisch vor allem auf zwei große Säulen, Außen- und Sozialpolitik, deckt DIE LINKE heute ein breiteres Spektrum von Schwerpunkten ab: Neben der Auseinandersetzung mit Umweltfragen, die nicht zuletzt in der Verknüpfung von Klimapolitik mit klassischen sozialpolitischen Forderungen der Partei mündeten (»Klimagerechtigkeit«⁶⁵), erfolgte insbesondere in den 2010er Jahren die verstärkte Beschäftigung mit migrationspolitischen Fragen – katalysiert durch Flüchtlingsströme von 2015 aus dem arabischen Raum – und der Gleichstellungspolitik. Letztgenannte wurde durch Forderungen, wie die Geschlechtergleichstellung am Arbeitsmarkt oder der Angleichung des Renten- und Lohnniveaus in Ost und West, seitens der Partei zwar bereits weit vor 2010 programmatisch erfasst, erlangt aber in den heutigen Identitäts-⁶⁶ und genderpolitischen Debatten im gesamten linken Spektrum neue inhaltliche Dimensionen.

Nach der Analyse der Interessen nach Politikebenen und Politikfeldern gilt es in einem weiteren Schritt zu überprüfen, ob die Mitglieder gemäß ihren Interessen in der Partei aktiv sind. Bei der Frage, ob das jeweilige Mitglied gemäß seiner Interessen in der Partei aktiv ist (Abb. 55) weichen die Ergebnisse beider Analysegruppen nur marginal voneinander ab, wobei 49,9 Prozent (Neumitglieder) bzw. 51,2 Prozent (Gesamtpartei) einen Wert von mindestens 8 auf der 11-stufigen Skala angeben. Somit sagt etwa die Hälfte der Studienteilnehmer aus, eher oder voll und ganz im Sinne ihrer Interessen in der LINKEN aktiv zu sein.

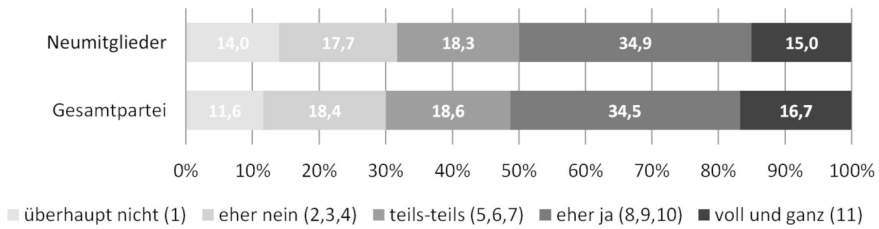
Mit wenigen Ausnahmen besteht kein Zusammenhang zwischen den spezifischen Interessen an Politikebenen und Politikfeldern und der individuellen Einschätzung des Mitglieds, ob es entsprechend seiner Interessenschwerpunkte in der Partei aktiv ist. Lediglich bei den in Abbildung 56 dargestellten Faktoren können durch eine binäre logistische Regressionsanalyse signifikante Korrelationen nachgewiesen werden.⁶⁷

65 DIE LINKE 2021a.

66 Vgl. Baron 2021; Llanque 2019.

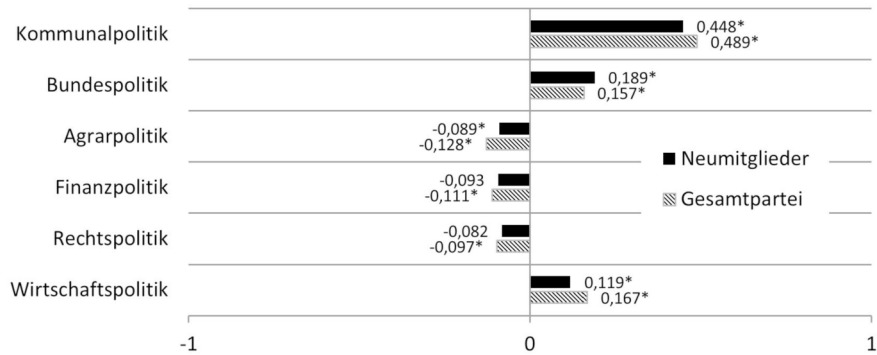
67 Die binäre logistische Regression ist ein multivariates Analyseverfahren, das sich besonders für nominale abhängige Variablen und metrische unabhängige Variablen eignet. Die unabhängige Variable, kodiert mit 1 und 0, wird hierbei durch die Gruppe der gemäß ihrer Interessen aktiven (1, Bereich »eher ja« und »voll und ganz«) und der weiteren (0) Mitglieder bestimmt. Als unabhängige Variablen fungieren die kodierten Antworten der Teilnehmer bei Politikebenen und Politikfeldern

Abbildung 55: Interessenspezifische Aktivität der Parteimitglieder



Eigene Darstellung

Abbildung 56: Einfluss von Interessen auf die interessenspezifische Aktivität; binäre logistische Regressionsanalyse mit Regressionskoeffizienten. Signifikante Faktoren (5-Prozent-Niveau) werden mit einem Stern markiert



Eigene Darstellung

Der deutlichste Faktor wird durch das Interesse für die kommunalpolitische Ebene definiert, wobei eine mittlere positive Korrelation vorliegt: Interessiert sich ein Mitglied besonders für Kommunalpolitik, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es sich der Gruppe derer zuordnet, die gemäß ihrer Interessen in der Partei aktiv sind. Einen Erklärungsansatz hierfür bietet die Zugänglichkeit des politischen Systems in Verbindung mit dem Interesse für die Politikebene: Einerseits besitzt die Kommunalpolitik – zumindest mit Blick auf die Interessenlage der Mitglieder – die niedrigste Relevanz im Vergleich aller Politikebenen, andererseits ist der Zugang zur untersten Ebene im politischen System mit den wenigsten Hürden verknüpft. Gerade die ehrenamtlich agierenden Basisgruppen jenseits des großstädtischen Raums haben in ihrer täglichen regionalen Parteiarbeit und bei der Aufstellung der Listen für Kommunalwahlen einen hohen Bedarf an engagierten Parteimitgliedern, der – belegt durch die Überalterung der Partei – häufig nicht gedeckt werden kann. Kommunalpolitisch interessierte (Neu-)Mitglieder finden daher ohne allzu großen eigenen Ressourcenaufwand und dank fehlenden innerparteilichen

zwischen »1« (überhaupt nicht interessiert) und »5« (sehr stark interessiert). Die Durchführung der Analyse erfolgte mittels SPSS, wobei Einzelheiten in Anhang 4 eingesehen werden können.

Konkurrenzdrucks ebenso schnell Zugang zu Parteiämtern in den Ortsverbänden wie zu Listenplätzen für Gemeinderatswahlen. Sie können folglich vom Anbeginn ihrer Mitgliedschaft weitgehend hindernisfrei entsprechend ihren Interessen in der Partei aktiv sein, ohne sich vorher über den Aufstieg in parteiinternen Karriereleitern behaupten zu müssen. Weitere schwache Zusammenhänge bestehen darüber hinaus bei der bundespolitischen Ebene sowie bei Wirtschafts-, Agrar- und Finanzpolitik, wengleich bei den Politikfeldern lediglich im Kontext der Gesamtpartei von einer leichten Korrelation ausgegangen werden kann.

6.4 Sozialpsychologischer Ansatz: Political Efficacy

Zusätzlich zur Interessenanalyse bildet die Ermittlung der Political Efficacy (vgl. Abschnitt 3.2.2) einen weiteren Ansatz innerhalb des sozialpsychologischen Ansatzes, der den Beitritt anhand der selbst eingeschätzten politischen Eigenkompetenz (Internal Efficacy) in Kombination mit der individuell wahrgenommenen Offenheit des politischen Systems (External Efficacy) untersucht. Personen, die ihre eigenen Fähigkeiten zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen höher einschätzen und darüber hinaus von der prinzipiellen Offenheit des Systems gegenüber Veränderungen und eingebrachten Vorschlägen überzeugt sind, neigen daher eher zu einer Parteimitgliedschaft. Im Gegensatz führen ein niedrigeres Vertrauen in die eigenen Kompetenzen und der erhöhte Zweifel daran, im politischen System überhaupt effektiv Einfluss auf die Politik nehmen zu können, eher dazu, dass sich Personen gegen die Mitgliedschaft in einer Partei entscheiden.⁶⁸

Die Mittelwerte, die sich gemäß der Operationalisierung (Abschnitt 3.2.4) für Neumitglieder und Gesamtpartei ergeben und sich zwischen »1« (niedrige Efficacy) und »5« (hohe Efficacy) bewegen können, werden in Abbildung 57 den erhobenen Daten für die Deutsche Parteimitgliederstudie 2017 – einerseits im Kontext der Bevölkerung ohne Parteimitgliedschaft und andererseits im Vergleich aller Parteimitglieder (unabhängig von der Parteizugehörigkeit) – gegenübergestellt.⁶⁹ Die Grundhypothese – Mitglieder erreichen höhere Efficacy-Werte als Nicht-Mitglieder – wird zunächst sowohl bei Neumitgliedern als auch bei der gesamten Partei hinsichtlich Internal Efficacy bestätigt: Beide Analysegruppen erreichen ähnlich hohe Ergebnisse oberhalb der Gruppe der Nicht-Mitglieder.

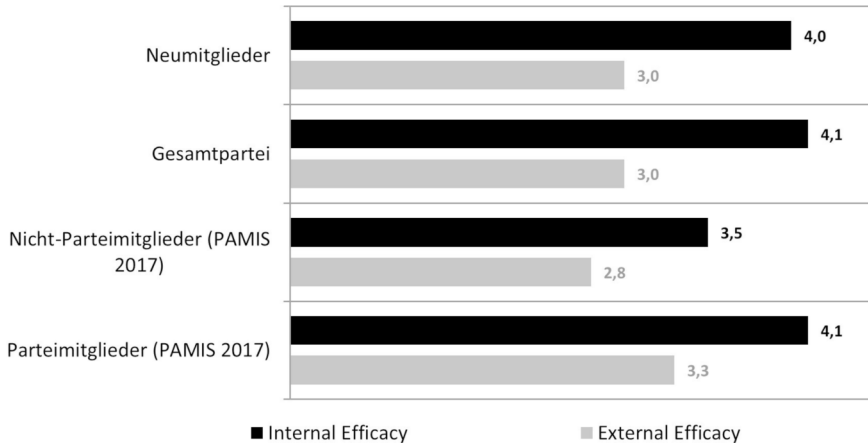
Im Vergleich der Mittelwerte für die Internal Efficacy stellt DIE LINKE zudem keine Besonderheit im gesamten deutschen Parteiensystem dar. Mit 4,0 (Neumitglieder) und 4,1 (Gesamtpartei) bestätigt sie den für alle Parteimitglieder im Rahmen der PAMIS 2017 erhobenen Durchschnitt von 4,1 und folglich eine überaus positive Selbsteinschätzung der eigenen politischen Kompetenzen und Fertigkeiten von Parteimitgliedern. Diese ist bei allen Vergleichsgruppen grundsätzlich höher als die Einschätzung der External Efficacy, also der Glaube an die Offenheit und Responsivität des politischen Systems gegenüber externen Einflüssen, was jedoch auch im zeitlichen Kontext – bereits die Deutsche

68 Vgl. Hoffmann 2011, S. 87.

69 Rohdatenauszug der PAMIS 2017: GESIS 2021.

Parteimitgliederstudie von 2009 brachte einen ähnlichen Befund hervor⁷⁰ – kein Ausnahmephänomen darstellt.

Abbildung 57: Political Efficacy; Mittelwerte im Vergleich



Eigene Darstellung

Bemerkenswert ist dagegen die Ausprägung der External Efficacy bei Mitgliedern der LINKEN, die im Vergleich zu den Daten von Nicht-Mitgliedern und dem Durchschnitt aller Parteimitglieder eine Anomalie aufzeigt. Sowohl Neumitglieder als auch Gesamtpartei nähern sich mit einem Mittelwert von 3,0 marginal eher den Nicht-Mitgliedern (2,8) als den Mitgliedern aller Parteien (3,3) an. Obgleich demnach das Selbstvertrauen in die eigenen Fertigkeiten auch bei den Mitgliedern der LINKEN deutlich stärker ausgeprägt ist als bei Nicht-Parteimitgliedern, tendiert ihr Vertrauen in die Offenheit und Aufnahmebereitschaft des politischen Systems gegenüber externen neuen Einflüssen mehr zu einem Niveau, das den Nicht-Mitgliedern gleicht bzw. nur marginal höher ist. Folglich besitzt der Glaube an ein responsives und offenes politisches System für Parteimitglieder der LINKEN im Vergleich zu allen Parteimitgliedern niedrigere Relevanz. Die External Efficacy begründet daher höchstens eine untergeordnete Voraussetzung für eine positive Eintrittsentscheidung in DIE LINKE. In Anbetracht der Tatsache, dass Protest für über ein Drittel der Mitglieder ein wichtiges Beitrittsmotiv darstellt und Unzufriedenheit gegenüber herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und anderen Parteien einen Schlüsselimpuls definiert, liegt dieser Befund jedoch nahe. Ebenso bietet DIE LINKE als in Teilen systemkritische Partei durchaus eine Anlaufstelle für Personenkreise, die dem politischen System mit weniger Vertrauen oder gar Skepsis begegnen.

70 Vgl. Hoffmann 2011, S. 87.

6.5 Zwischenfazit III

Alle in Kapitel 6 behandelten Ansätze erlauben in ihrer Einzelanalyse wichtige Rückschlüsse darüber, wer aus welchen Gründen und durch welche begünstigenden Faktoren Mitglied bei der LINKEN wird. Für ein umfassendes und fundiertes Gesamtbild ist die zusammenfassende Beurteilung aller Untersuchungskriterien jedoch unabdingbar.

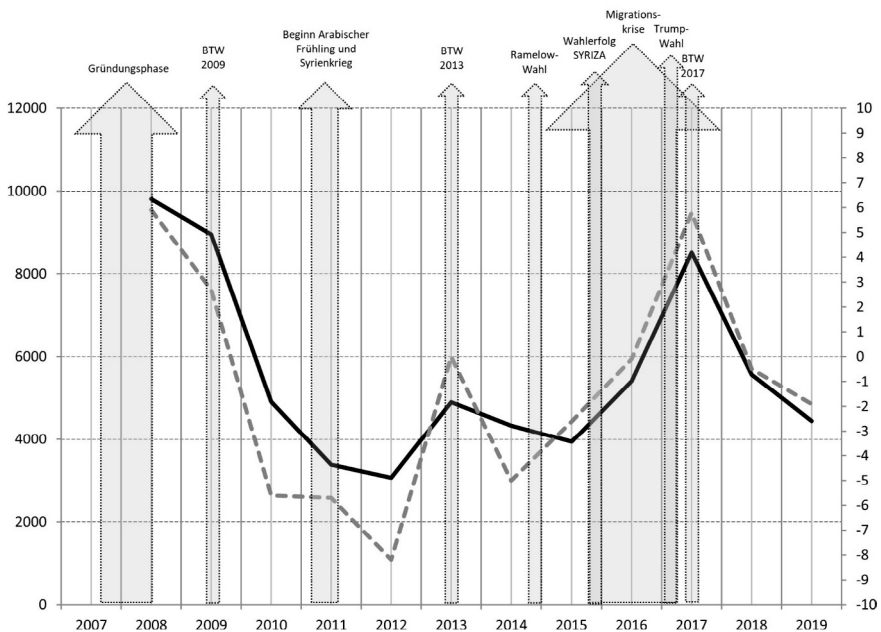
Zunächst zeigt der General-Incentives-Ansatz (Abschnitt 6.1) mit Bezug auf Motivkomplexe kaum Besonderheiten der LINKEN im Vergleich zu den in Vorgängerstudien publizierten Befunden zur gesamtdeutschen Parteienlandschaft. Demnach sind Anreize, die sich auf kollektive Werte und Ziele einer Partei berufen sowie ein Gefühl der Wahrung staatsbürgerlicher Verantwortung die wichtigsten Faktoren für die Beitrittsentscheidung, obgleich persönliche Vorteile in der Ausführung der Parteiarbeit selbst, das eher abstrakte Sympathieempfinden gegenüber der Partei und der Wunsch nach innerparteilicher Kursbeeinflussung darüber hinaus relevante weitere Katalysatoren darstellen, die zumindest teilweise dazu führten, dass sich in der Vergangenheit Menschen für eine Mitgliedschaft in der LINKEN entschieden haben (Abschnitt 6.1 a, *Bestätigung Hypothese H.14*).

Die Analyse hat zudem gezeigt, dass Mitglieder, die in ihren individuellen Anreizen insbesondere dem wichtigsten Motivkomplex – den kollektiv-politischen Motiven – sowie dem persönlichen Vorteil die größte Bedeutung beimessen, mit höherer Wahrscheinlichkeit zu den aktivsten Anhängern der Partei zählen (Abschnitt 6.1 b, *Bestätigung Hypothese H.15*) und soziodemografische Faktoren mehrheitlich eine untergeordnete Rolle bei der Ausprägung der einzelnen Motivkomplexe spielen. Letztgenannte verweisen jedoch bei den Neumitgliedern zumindest auf alters- und bildungsspezifische Effekte, die sich mit Blick auf die beiden selektiven sowie den expressiven Motivkomplex entfalten. Demnach sind persönliche Vorteile als Ergebnis der Mitgliedschaft, die Hoffnung auf berufliche Chancengenerierung durch die Partei, für die jüngsten Parteimitglieder und niedriger gebildete Gruppen von größerer Relevanz als für Studenten und Akademiker höheren Alters. Gleiches gilt darüber hinaus für individuelle Vorteile, die in der Parteimitgliedschaft selbst wahrgenommen werden: Einerseits wird der Wunsch nach Erfüllung durch die tägliche Parteiarbeit und nach dem Zusammentreffen mit Gleichgesinnten von niedriger gebildeten Gruppen stärker geäußert, andererseits sind es vor allem ressourcenstarke Gruppen, die etwa in Ausbildung und Rentenalter durch größere zeitliche Ressourcen einen Mehrwert in der aktiven und regelmäßigen Unterstützung der LINKEN bei politischen und organisatorischen Aktivitäten sehen. Hinsichtlich expressiver Anreize, bei denen vorrangig die nicht näher bestimmte Sympathiebekundung der Mitglieder gegenüber ihrer eigenen Partei von entscheidender Bedeutung ist, wird der Unterschied zwischen einzelnen Alters- und Bildungsgruppen nochmals bestätigt: Die abstrakte emotionale Bindung zur Partei als solche erhält bei älteren und nicht-akademisch gebildeten Mitgliedern einen höheren Stellenwert. In der Folge belegen auch die ermittelten Zusammenhänge von Motivation und Kreistyp, bei denen alle drei genannten Motivkomplexe für Mitglieder im großstädtischen Raum eine niedrigere Relevanz besitzen, die durch schwache Korrelationen in Konturen erkennbare Herausbildung zweier Zielgruppen für die Partei, sofern soziodemografische Faktoren in die Analyse der Beitrittsmotivationen einbezogen werden:

- Ein eher ländliches, vorwiegend älteres und niedriger gebildetes Milieu, das größeren Wert auf die alltägliche Parteiarbeit, den gemeinsamen Dialog mit Gleichgesinnten und die abstrakte Sympathiebekundung gegenüber der Partei legt.
- Ein eher urbanes, vorwiegend jüngeres und höher gebildetes Milieu mit niedrigerem Fokus auf persönliche Vorteile und expressive Anreize.

Die Einordnung darf jedoch nicht überschätzt werden, bezieht sie sich mittels lediglich schwacher Zusammenhänge doch auf nur drei der sieben Motivkomplexe, welche darüber hinaus im Vergleich zu den wichtigen kollektiv-politischen und altruistischen Motiven eine insgesamt deutlich niedrigere Relevanz für die Beitrittsentscheidung ausbilden. Darüber hinaus weicht die Gegenüberstellung der Neumitglieder mit der Gesamtpartei den Befund nochmals auf: Im Kontext aller Parteimitglieder stellen die Beitritte zwischen 2014 und 2019 eine deutlich homogenere Gruppe dar, bei der durch den General-Incentives-Ansatz etwa keine motivationalen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Parteimitgliedern oder soziodemografische Einflussfaktoren auf andere Motivkomplexe impliziert werden (Abschnitt 6.1 c, *Bestätigung Hypothese H.16*).

Abbildung 58: Absolute Eintritte nach Jahr (durchgängige Linie, linke Skala) und prozentuale Veränderung der Gesamtmitgliederzahl im Vorjahresvergleich (gestrichelte Linie, rechte Skala) vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Ereignisse und Wahlen seit der Parteigründung 2007



Bevölkerungsdaten: Niedermayer 2020

Eigene Darstellung

Die Auswertung der verschiedenen Beitrittsimpulse (Abschnitt 6.2) konkretisiert die Zielgruppen der LINKEN weiter, wobei die Freitextantworten – anders als die Bewertung der Motivkomplexe – sowohl das erwartungsgemäße Profil einer Oppositionspartei als auch jene Charakteristika einer Partei des politischen linken, sozialistischen Spektrums aufzeigen. Zu den prägendsten Beitrittsgründen gehören neben Wahlen gesellschaftliche Ereignisse, die vom Beigetretenen zunächst als negativ eingeschätzt werden und denen DIE LINKE als positiv wahrgenommene Alternative entgegenwirkt, eher allgemeiner Unmut und Protest gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft und den jeweils zum Beitrittszeitpunkt amtierenden Bundesregierungen, Enttäuschung über andere Parteien des linken politischen Spektrums, eigene sozialistische Ideale, Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensumständen aus ökonomischer Sicht, das spezifische Interesse für die Politikfelder Sozial- und Außenpolitik sowie einige wenige Spitzenpolitiker der Partei.

Aus den vorliegenden Ergebnissen können mehrere Kernaussagen gefolgert werden:

- Für die Neumitgliedergewinnung der LINKEN sind gesellschaftliche Missstände und Krisen von entscheidender Bedeutung. Neue Mitglieder treten der Partei insbesondere im Zuge negativer Emotionen und Impulse, etwa durch Kriege, globale Krisen und Problemlagen der sozioökonomischen Dimension nationaler und internationaler Tragweite bei (Abschnitt 6.2 a, c, f, *Bestätigung Hypothese H.17*). Ebenso definiert eine eigene prekäre wirtschaftliche Situation ebenfalls einen Katalysator für den Eintritt. Umgekehrt können nur wenige als positiv oder neutral zu bewertende Beitrittsimpulse identifiziert werden, zu denen beispielsweise das Einzelereignis der Parteigründung 2007 oder der generelle und parteiunabhängig mobilisierende Effekt von Wahlen zählen (Abb. 58).
- Narrative eines zu den eigenen Idealen geradezu antagonistisch gegenüberstehenden Kapitalismus durchziehen die Freitextantworten zahlloser Studienteilnehmer. Die teilweise oder generelle Ablehnung markt- bzw. privatwirtschaftlicher Dynamiken, insbesondere in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung und Gesundheit sowie der Wunsch nach mehr Gleichheit und Gleichberechtigung angesichts einer als ungerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung begründen ein wiederkehrendes Leitmotiv bei der Betrachtung der Beitrittsimpulse. Demnach bildet nicht nur die Kritik an konkreten gesellschaftlichen Ereignissen und Prozessen einen begünstigenden Faktor für eine positive Beitrittsentscheidung, sondern auch eine grundsätzliche, von der tagespolitischen Agenda überwiegend unabhängige Skepsis gegenüber herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in weitgehend freien Marktwirtschaften (Abschnitt 6.2 c, *Bestätigung Hypothese H.18*).
- Erstrebenswerte politische Ziele, die die Befragten durch ihre Mitgliedschaft erreichen möchten, werden nur vage formuliert. Ihre Definition entspringt mehrheitlich der Identifikation mit dem Parteiprogramm der LINKEN und dem abstrakten Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung, wobei repetitive Schlagwörter wie »Sozialismus« und »soziale Gerechtigkeit« nur selten näher erläutert werden. Genauere Definitionen erfolgen darüber hinaus in überaus heterogenen Variationen, die den Charakter der Partei als Sammlungsbewegung mehrerer linker Strömungen zum Ausdruck bringen: Kritische Demokraten, die ihre Unzufriedenheit mit der

Funktionsweise des politischen und wirtschaftlichen Systems in Deutschland bekunden; Neumitglieder, die mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit auf Reformen durch parlamentarische Mehrheiten abzielen; Personen, die den außerparlamentarischen Protest für sich als eine Art goldenen Weg zur Durchsetzung politischer Ziele definieren; ältere Traditionalisten mit DDR- bzw. SED-Vergangenheit oder Erfahrungen in der gewerkschaftsnahen westdeutschen WASG und nicht zuletzt Anhänger, die sich auf theoretischer Ebene mit dem Begriff des Sozialismus auseinandersetzen und höchst unterschiedliche, teils einander ausschließende Gesellschaftsbilder und Methoden zeichnen (Abschnitt 6.2, *Bestätigung Hypothese H.19*).

- DIE LINKE profitiert in ihrer Mitgliedererwerbung von Richtungskontroversen und Phasen der inhaltlichen Polarisierung innerhalb anderer Parteien des linken Spektrums. Beispielhaft für die SPD sind die Sozialreformen unter Gerhard Schröder sowie die Bereitschaft zur Bildung von drei Koalitionen mit der CDU auf Bundesebene. Befragte, die Unmut über die Politik der Grünen äußern, sehen hingegen spätestens im Zuspruch zur deutschen Beteiligung an den Kriegen im Kosovo und in Afghanistan eine Militarisierung grüner Außenpolitik und den Bruch mit Friedensidealen. Folglich fungierte DIE LINKE in allen Phasen ihrer jüngeren Geschichte als Sammelbecken für Parteimitglieder, die ehemals dem linken Lager von SPD und Grünen angehörten und aufgrund von Unzufriedenheit über deren politischen Kurs austraten (Abschnitt 6.2 c, *Bestätigung Hypothese H.20*).
- Für die Eintritte zwischen 2014 und 2019 bezeichnend, profitierte DIE LINKE hinsichtlich ihrer Neuzugänge von einer Erstarkung rechter Kräfte in Politik und Gesellschaft, etwa in Form elektoraler Erfolge der AfD im Zuge der Flüchtlingssituation 2015. Die Identifikation politisch rechter Strukturen als potenzielle Gefahr – für die Demokratie einerseits und für ein weltoffenes, humanistisches Weltbild andererseits – stellt in diesem Zeitraum einen der einflussreichsten impulsgebenden Faktoren für Neueintritte dar. Die Wahrnehmung der LINKEN als Gegenpol zu den als Bedrohung angesehenen rechten Bewegungen knüpft offenkundig an den Wunsch der Neumitglieder an, mit ihrer Mitgliedschaft eine Gegenkraft zu stärken. Ferner spiegelt dieser markante Impuls mit der deutlichen Abgrenzung von der politischen Rechten ein historisches Grundmotiv und Identifikationsmerkmal linker Bewegungen wider (Abschnitt 6.2 a, *Bestätigung Hypothese H.21*).

Zuletzt zeichnet der sozialpsychologische Ansatz zunächst das – auch im Kontext anderer Parteien typische – Bild einer politisch hoch und vielseitig interessierten sowie von den eigenen Fertigkeiten stark überzeugten Mitgliedschaft, die sich jedoch bei näherer Betrachtung durch inhaltliche Schwerpunkte kennzeichnet und Besonderheiten aufweist:

- Deutliche Interessenschwerpunkte bestehen für die von der LINKEN in ihrem klassischen Selbstverständnis inhaltlich stark frequentierten Politikfelder der Sozial- und Außenpolitik (Abschnitt 6.3, *Bestätigung Hypothese H.22*) sowie für neuere Akzente in der Umwelt- und Klimapolitik, Gleichstellungspolitik und Migrationspolitik. Dabei belegen insbesondere die Befragungsergebnisse der Neumitglieder eine

inhaltliche Diversifikation der Mitgliederinteressen, die nicht zuletzt eine Erweiterung des programmatischen Fokus der Partei implizieren (Abschnitt 6.3, *Bestätigung Hypothese H.23*).

In der Frage nach Ursache und Wirkung kann gewiss nicht per se davon ausgegangen werden, dass die individuelle Interessenlage der Mitglieder das kollektive Parteiprogramm als Ganzes weitreichend beeinflusst, denn es ist ebenso umgekehrt denkbar, dass eine neue programmatische Schwerpunktsetzung der Partei gleichzeitig neue Zielgruppen erschließt. Naheliegend ist folglich eine Dynamik, bei der die Partei programmatisch auf gesellschaftliche Ereignisse, Entwicklungen und Trends reagiert und auf diesem Weg ggf. neue inhaltliche Anreize für den Parteibeitritt von bisher nicht angesprochenen potenziellen Neumitgliedergruppen generiert, die wiederum mit ihrem innerparteilichen Engagement zu einer Festigung des jeweiligen Schwerpunkts beitragen: Indem sich DIE LINKE etwa im Rahmen der Flüchtlingsströme von 2015 für die deutsche Aufnahmebereitschaft von Asylbewerbern aussprach, mehrheitlich offene Grenzen forderte und sich gleichzeitig deutlich von (asylkritischen) Standpunkten des rechten Parteienspektrums distanzierte, generierte sie einen Beitrittsanreiz für gleichgesinnte Personen, der nicht nur im erhöhten Interesse für Migrationspolitik bei den Eintritten ab 2015 deutlich wird, sondern sich bereits in der Betrachtung der Beitrittsimpulse (»Angst vor dem Erstarken rechter Kräfte«) manifestierte.

- Wird das Interesse der Mitglieder nach Politikebenen klassifiziert, so negiert die Mitgliederbefragung 2019 für DIE LINKE wesentliche Erkenntnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009. Demnach schwindet sowohl bei Neumitgliedern als auch hinsichtlich der Gesamtpartei das Interesse mit zunehmender Regionalisierung, wobei etwa kommunalpolitisch interessierte Mitglieder besonders in den neuen Bundesländern, in denen DIE LINKE ihre größten Wahlerfolge auf kommunaler Ebene erzielt und flächendeckende Strukturen bzw. Basisgruppen in den meisten Gemeinden vorweist, gefunden werden können (Abschnitt 6.3, *Bestätigung Hypothese H.25*). Zwar sinkt das Interesse für keine Politikebene unter 50 Prozent, dennoch spricht die Partei mit o.g. Ausnahme vor allem Menschen mit kosmopolitischer Affinität, d.h. Personen mit starken Interessen für Bundes-, Europa-, und Weltpolitik an. Dieser Befund wird auch durch die Analyseergebnisse der Beitrittsimpulse deutlich unterstrichen: Sofern Befragte etwa ein gesellschaftliches Ereignis oder Unzufriedenheit als ihren persönlichen Eintrittsgrund angeben, beziehen sie sich fast ausschließlich auf politische Entscheidungen, Prozesse und Verhältnisse mit bundesweiter oder internationaler Tragweite (Militärische Konflikte, Kapitalismuskritik, bundesweite Sozialreformen) während lediglich eine überschaubare Minderheit als Folge kommunaler oder landespolitischer Impulse ihren Beitritt erklärte (Abschnitt 6.3, *Widerlegung Hypothese H.24*).
- Für Parteimitglieder typisch, weisen auch die Mitglieder der LINKEN hohe Werte bezüglich der Political Efficacy auf. Eine Besonderheit der LINKEN-Mitglieder besteht jedoch bei der im Vergleich zu den anderen im Rahmen der PAMIS 2017 untersuchten Parteien niedrigen External Efficacy, d.h. dem Glauben an die Offenheit des politischen Systems. Das Vertrauen in grundlegende Funktionen der deutschen Demokratie nähert sich hingegen den Werten der Bevölkerung an und stellt somit

keinen herausgehobenen Faktor für eine positive Eintrittsentscheidung in DIE LINKE dar (Abschnitt 6.4, *tw. Widerlegung bzw. tw. Bestätigung Hypothese H.26*).

In der Gesamtschau ist die Mitgliederstruktur der LINKEN besonders mit Blick auf die Beitrittsimpulse und Politikfelder überaus heterogen, wobei die Gruppe der speziell im Rahmen dieser Studie untersuchten Neumitglieder zwischen 2014 und 2019 durchaus zu einer Steigerung ebendieser Heterogenität beiträgt. Die Geschichte der Partei war bereits in den 1990er und 2000er Jahren von konkurrierenden Flügeln inmitten des Diskurses zur vorstellbaren Regierungsverantwortung und Fundamentalopposition geprägt und insbesondere die Partiefusion von PDS und WASG stellte mit dem politischen Handschlag zwischen einer Vielzahl unterschiedlich sozialisierter Mitgliedergruppen in Ost und West eine Herausforderung dar, die im endgültigen Charakter einer vereinigten LINKEN als Sammlungspartei mehrerer Strömungen und Theorien mündete.

Durch die Neumitglieder der 2010er Jahre wurde das auch nach zwei Jahrzehnten weitgehend ungelöste Geflecht parteiinterner Strömungen und Richtungsstreits durch weitere inhaltliche Schwerpunkte, wie die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel sowie Debatten zu Migration und persönlicher Identität, in seiner Komplexität verstärkt. DIE LINKE wurde inmitten ihrer alten Grabenkämpfe und einer angespannten Flüchtlingssituation mit dem Zuwachs durch neue, urban geprägte Mitglieder konfrontiert, deren inhaltliche Interessen sich nicht mehr ausschließlich auf die traditionell links frequentierten Politikfelder der Sozial- und Außenpolitik beschränken.

Für DIE LINKE sind die Neueintritte sowohl mit Herausforderungen und Chancen verknüpft, wobei die ausgeführten Entwicklungen sprichwörtlich als zweischneidige Schwerter bezeichnet werden müssen:

Einerseits bietet die inhaltliche Diversität engagierter Neumitglieder die Möglichkeit, innerhalb neuer Politikfelder Fuß zu fassen. Parteipolitisch ambitionierte und akademisch gebildete Mitglieder erweitern darüber hinaus den Nachwuchspool für mögliche Mandate und Funktionsämter. Das Selbstverständnis als konsequenter Gegenpol zu rechten politischen Kräften entfaltet ebenso wie die programmatische Abgrenzung von anderen Parteien des linken Spektrums Mobilisierungspotenziale. Weiterhin führen vermehrt Neuzugänge im urbanen Raum zu einer strukturellen und organisatorischen Festigung und Stärkung der Partei in Ballungszentren.

Andererseits kann die zunehmende Diversität der Mitglieder verknüpft mit einer breiteren programmatischen Aufstellung zu noch komplexeren Konflikten in einer Partei beitragen, die bereits Grundsatzkonflikte aus ihrer Gründungszeit und den Folgejahren bis heute nicht final lösen konnte. Die bereits thematisierten älteren Konfliktlinien der LINKEN könnten verstärkt durch neue Gräben rund um Klima- und Identitätspolitik ergänzt werden und die innerparteiliche Willensbildung in der ohnehin schon inhaltlich heterogenen Partei entscheidend weiter erschweren bzw. lähmen. Eine zunehmend akademisch gebildete Mitgliedschaft bietet darüber hinaus zwar Chancen für die Rekrutierung des professionellen politischen Personals, generiert jedoch gleichsam einen starken Gegensatz zu den primär adressierten Wählergruppen der LINKEN, die sich in ihrem Selbstverständnis als Partei der Arbeiter und sozioökonomisch schwächeren Menschen präsentiert.

Zwar bietet die Abgrenzung gegenüber SPD und Grünen auf der einen und rechten Parteien und Bewegungen auf der anderen Seite Chancen für die Schaffung exklusiver und starker Beitrittsimpulse, nur sind diese Grenzlinien ständigen Dynamiken unterlegen. So können andere Parteien zunächst ihr politisches Programm anpassen, wodurch DIE LINKE zu einer Reaktion gezwungen wird. Während DIE LINKE in Phasen der Schwäche anderer Parteien des linken Spektrums zwar durch Mitgliederzuwachs profitiert, können andernfalls neben starken Sozialdemokraten und Grünen nicht nur elektorale Niederlagen, sondern auch Rekrutierungsprobleme durch die Abwesenheit der starken impulsgebenden Unzufriedenheit mit anderen Parteien des linken Lagers folgen. Auch wenn DIE LINKE zudem durch die Angst vor einem Einflussgewinn rechter Kräfte in der Gesellschaft Mitglieder gewinnen kann, so muss sie sich ihre ehemals weitgehend exklusive Rolle als erfolgreiche Protestpartei heute besonders mit der AfD teilen und wird von dieser – gemessen an Wahlergebnissen speziell in den neuen Bundesländern – mehr und mehr verdrängt. Der Parteieintritt aus Protest gegenüber Parteien der politischen Mitte führt demnach heute weit weniger zwangsläufig zu einer Mitgliedschaft in der LINKEN.

Nicht zuletzt rekrutiert sich die Mitgliedschaft der LINKEN zunehmend aus dem urbanen Raum, wodurch sie hier zwar strukturelle Stärke erhalten kann, allerdings ihre gesellschaftliche Verankerung in ländlichen Regionen verliert. Besonders in den ostdeutschen Landesverbänden stellt dies für die ehemals flächendeckend wahrgenommene und kommunal gefestigte Regionalpartei eine erhebliche Zäsur dar, die sich angesichts der alternden Mitgliederstruktur in den Flächenverbänden der Partei in den 2020er Jahren vollumfänglich entfalten wird. Die Bedeutung von kommunalpolitischen Impulsen als zumindest teilweise forcierende Faktoren für den Parteieintritt könnte daher auch im Osten durch die schwindende lokale Relevanz der LINKEN geschwächt werden.

Insgesamt dürfte sich die Suche nach wichtigen Alleinstellungsmerkmalen hinsichtlich Beitrittsanreizen und Impulsen für DIE LINKE angesichts ihres Verlustes an Exklusivität, der Abhängigkeit von anderen Parteien und einer größeren Fragmentierung des Parteiensystems zunehmend schwieriger gestalten. Trug sie als Oppositions-, Protest- und Regionalpartei in den 2000er Jahren zum Ende der Logik zweier statischer politischer Lager – CDU und FDP auf der einen, SPD und Grüne auf der anderen Seite – bei, ist sie heute Teil eines heterogenen Parteiensystems mit deutlich variationsreicheren Koalitionsoptionen in der politischen Mitte und einem starken Konkurrenzdruck innerhalb der Opposition seitens der AfD.